



---

## **Infobrief**

---

### **Parlamendarium**

Parlamentsgeschichte nach Kalendertagen

Natalie Weis

**Parlamendarium**

Parlamentsgeschichte nach Kalendertagen

Verfasserin: Natalie Weis  
Mitarbeit: Joschka Büchs, Lucas Koppehl,  
Florentine Rudzio, Florian Weitkamp

Aktenzeichen: WD 1 - 3010 - 017/17

Abschluss der Arbeit: 12. Dezember 2017

Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Telefon: +49 (30) 227- 38630



## **Einleitung**

Das Parlamendarium ist ein neuer, ein anderer Zugang zur Parlamentsgeschichte: Im Format eines „immerwährenden Kalenders“ listet das Parlamendarium wichtige Ereignisse des deutschen Parlamentarismus stichwortartig nach Kalendertagen auf.

Die Auswahl erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit; sie ist lediglich der Versuch, einen Eindruck von der Breite und Vielfalt parlamentarischen Handelns seit rund 200 Jahren zu vermitteln.

Den Schwerpunkt des Parlamendariums bilden Ereignisse aus der bald 70jährigen Geschichte des Deutschen Bundestages. Aufgenommen wurden aber auch Daten aus der Geschichte des Reichstages, der Deutschen Nationalversammlung, des Parlamentarischen Rates, der Volkskammer der DDR während der Friedlichen Revolution 1989/90 sowie solche aus frühparlamentarischer Zeit.

Wer sich vertiefter mit der Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland befassen möchte, findet im Anhang eine Auswahl von Quellen und weiterführender Literatur.

## JANUAR

**4 • 1957: Zehn saarländische Abgeordnete für den Bundestag** – Der saarländische Landtag wählt zehn Abgeordnete aus seiner Mitte für den Bundestag. Nach einer Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 war das Saarland Teil des Bundesgebietes geworden.

**6 • 1983: Bundestag wird aufgelöst** – Nachdem der Bundestag Bundeskanzler Helmut Kohl am 17. Dezember 1982 das Vertrauen entzogen hat, löst Bundespräsident Karl Carstens auf Vorschlag des Kanzlers das Parlament auf und ordnet Neuwahlen für den 6. März 1983 an.

**9 • 1995: Schlüsselübergabe für erstes Bundestagsgebäude in Berlin** – Bundesbauminister Klaus Töpfer übergibt den Plattenbau des ehemaligen DDR-Volksbildungsministeriums an der Ecke Unter den Linden/Wilhelmstraße als erstes für den Bundestag fertiggestelltes Gebäude in Berlin an Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth.

**11 • 1952: Deutscher Bundestag stimmt für Beitritt zur Montanunion** – Nach einem dreitägigen Sitzungsmarathon stimmen die Abgeordneten für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und legen damit einen Grundstein für die europäische Integration.

**• 1990: 9. Volkskammer der DDR verabschiedet neues Reisegesetz** – Per Gesetz wird den Bürgern der DDR die uneingeschränkte Reisefreiheit eingeräumt und das Recht gewährt, Devisen zu erwerben. Zuvor war das Reisen ins „nichtsozialistische Ausland“ vor allem SED-Funktionären und anderen der Partei nahestehenden DDR-Bürgern vorbehalten.

**12 • 1912: Letzte Reichstagswahl im Kaiserreich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges** – Die SPD erreicht 34,8 Prozent der Stimmen und stellt nach der Stichwahl am 25. Januar mit 110 Abgeordneten erstmals die stärkste Fraktion. Die sogenannte Hungerwahl steht unter dem Einfluss steigender Lebensmittelpreise.

**13 • 1920: Tote bei Demonstration vor dem Reichstagsgebäude** – Während der Verhandlung der Weimarer Nationalversammlung zum Betriebsrätegesetz demonstrieren vor dem Reichstagsgebäude Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und der Kommunisten. Die Preußische Sicherheitspolizei eröffnet das Feuer, 42 Menschen kommen ums Leben.

**14 • 1991: Sondersitzung des Deutschen Bundestages zur Krise in der Golfregion und zum Einmarsch sowjetischer Truppen in Litauen** – Das Parlament verabschiedet zwei Resolutionen, in denen der Irak zum Rückzug aus Kuwait aufgefordert und die Sowjetunion zur Beendigung ihrer militärischen Interventionen in Litauen aufgefordert werden. Die Krise in der Golfregion führt zum Zweiten Golfkrieg der USA gegen den Irak, der am 16. Januar 1991 beginnt. Litauen hatte am 11. März 1990 seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärt.

## JANUAR

**15** • **1916: Reichstag beschließt Herabsetzung des Rentenalters für Arbeiter von 70 auf 65 Jahre** – Nachdem Angestellte bereits seit 1911 mit 65 Jahren in Rente gehen konnten, beschließt der Reichstag einstimmig, dieses Renteneintrittsalter auch für Arbeiter festzulegen.

**16** • **1992: Konstituierende Sitzung der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag** – Nach der deutschen Wiedervereinigung soll sich eine Kommission mit möglichen Grundgesetzänderungen und -ergänzungen befassen. Für größere Verfassungsänderungen kommt im Laufe der knapp zweijährigen Arbeit keine notwendige Mehrheit zustande.

• **1996: Der israelische Staatspräsident Ezer Weizman spricht vor dem Deutschen Bundestag** – Als erstes israelisches Staatsoberhaupt spricht Ezer Weizman vor dem Bundestag und mahnt Wachsamkeit gegenüber neonazistischen Entwicklungen in Deutschland an.

• **1998: Beschluss des Bundestages zur Wohnraumüberwachung** – Durch die Erweiterung des Art. 13 GG um die Absätze drei bis sechs wird unter bestimmten Voraussetzungen eine akustische Wohnraumüberwachung, der sogenannte Lauschangriff, ermöglicht.

**17** • **1991: Erstmals wählt gesamtdeutscher Bundestag den Bundeskanzler** – Helmut Kohl wird mit 378 von 644 abgegebenen Stimmen erneut zum Bundeskanzler gewählt.

**18** • **1920: Weimarer Nationalversammlung beschließt Betriebsrätegesetz** – Mit dem Gesetz wird in Deutschland erstmals die betriebliche Mitbestimmung geregelt. Das Gesetz stößt auf Widerstand bei Gewerkschaftern, USPD und Kommunisten, da sie den Einfluss der Arbeiterräte beschnitten sehen.

**19** • **1919: Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung** – An der Wahl, bei der erstmals Frauen stimmberechtigt sind, beteiligen sich 83 Prozent der Wahlberechtigten.

• **1996: Erste Gedenkstunde im Deutschen Bundestag anlässlich des Holocaust-Gedenktages** – In seiner Rede drückt Bundespräsident Roman Herzog die Hoffnung aus, dass der zentrale Gedenktag „aus der Erinnerung immer wieder lebendige Zukunft werden lasse“. Fortan wird der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus jährlich am 27. Januar im Deutschen Bundestag verbunden mit einer Jugendbegegnung begangen.

• **2006: Deutscher Bundestag stimmt für den Abriss des Palastes der Republik** – Nach dem Parlamentsbeschluss für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses von 2002 bekräftigt der Bundestag seine Entscheidung, indem er für den Abriss des Palastes der Republik stimmt.

**20** • **1983: François Mitterrand spricht vor dem Deutschen Bundestag** – Anlässlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages spricht der französische Staatspräsident François Mitterrand vor dem Plenum des Bundestages.

## JANUAR

**21** • **1957: Deutscher Bundestag führt dynamische Rente ein** – Mit der Reform wird der „Solidarvertrag zwischen den Generationen“ geschlossen: Die Berufstätigen zahlen von nun an die Renten der Ruheständler. Die Höhe der Rente hängt damit zugleich von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ab.

**22** • **2003: Erste gemeinsame Sitzung des deutschen und französischen Parlaments** – Anlässlich des 40. Jahrestages des deutsch-französischen Elysée-Vertrages halten die Abgeordneten von Bundestag und Assemblée nationale eine gemeinsame Parlamentssitzung in Versailles ab.

**23** • **1952: Erste Fragestunde im Deutschen Bundestag** – Die Abgeordneten nutzen die neu in die Geschäftsordnung aufgenommene Fragestunde, um elf mündliche Fragen an die Vertreter der Bundesregierung zu stellen.

• **1976: Deutscher Bundestag verabschiedet neues Jugendarbeitsschutzgesetz** – Für Jugendliche wird unter anderem das Mindestalter für die Zulassung zur Arbeit auf 15 Jahre festgelegt. Außerdem werden sie an Berufsschultagen von der Arbeit im Betrieb freigestellt.

• **1992: Deutscher Bundestag ermöglicht Zugang zu den Archiven der Parteien und Massenorganisationen der DDR** – Die Abgeordneten stimmen einer Änderung des Bundesarchivgesetzes zu, wonach das Bundesarchiv mittels dreier unselbstständiger Stiftungen die Hinterlassenschaften der Parteien und Massenorganisationen der DDR in Obhut nehmen und der Öffentlichkeit zugänglich machen kann.

• **2002: Schlüsselübergabe Jakob-Kaiser-Haus** – Das Jakob-Kaiser-Haus beherbergt 1.745 Büros, in denen die Abgeordneten, ihre Mitarbeiter sowie Fraktions- und Verwaltungsmitarbeiter arbeiten.

**24** • **1951: Verabschiedung des Wahlprüfungsgesetzes** – Das Gesetz ermöglicht es, Einspruch gegen die Bundestagswahl einzulegen und eine Wahlüberprüfung zu fordern.

• **1989: Hausinspektion wird in Bundestagspolizei umbenannt** – Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth entscheidet, die Hausinspektion in „Polizei- und Sicherheitsdienst beim Deutschen Bundestag“ umzubenennen.

**25** • **1985: Deutscher Bundestag erklärt alle Urteile des früheren NS-Volkgerichtshofs für nichtig** – Damit wird die Rechtswirkung aller Entscheidungen des NS-Gerichts in der Bundesrepublik Deutschland aufgehoben.

**26** • **2012: NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt** – Der Bundestag beschließt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur 2011 aufgedeckten Mordserie des rechtsextremen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU).

---

## JANUAR

**27 • 1965: Wehrbeauftragter bekommt Rederecht** – Nach einer Ergänzung der Geschäftsordnung wird dem Wehrbeauftragten in der Aussprache über die von ihm vorgelegten Berichte das Wort erteilt, wenn es von einer Fraktion oder von anwesenden fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages verlangt wird.

• **2010: Der israelische Staatspräsident Shimon Peres spricht vor dem Deutschen Bundestag** – In seiner Rede bezeichnet Peres die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel als „einzigartig“. Dies schließt die Erinnerung an die Shoa ein.

**30 • 1997: Deutscher Bundestag ratifiziert deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung** – Deutschland übernimmt Verantwortung für das im Zweiten Weltkrieg begangene Unrecht während der Besetzung der damaligen Tschechoslowakei. Tschechien erklärt seinerseits sein Bedauern über die Vertreibung von 2,5 Millionen Sudetendeutschen.

• **2002: Deutscher Bundestag debattiert über Stammzellforschung** – In einer Grundsatzdebatte erläutern die Abgeordneten auf der Grundlage von drei fraktionsübergreifenden Anträgen ihre Auffassungen zum Umgang mit embryonalen Stammzellen zu Forschungszwecken. Eine Mehrheit erhält der Antrag, der den Forschern nur unter engen Vorgaben die Arbeit mit Stammzellen ermöglicht.

---

## FEBRUAR

**1 • 1951: Deutscher Bundestag beschließt Gesetz über Bundesverfassungsgericht** – Das Gesetz regelt Verfahrensweisen und Zuständigkeiten des höchsten Gerichts in Deutschland.

**2 • 1950: Deutscher Bundestag setzt ersten Untersuchungsausschuss ein** – Auf Antrag der Bayernpartei soll die Importpolitik des Vereinigten Wirtschaftsrates auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland überprüft werden, der vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland als westdeutsche Selbstverwaltung fungierte. Der Ausschuss will untersuchen, ob Waren am Bedarf vorbei eingeführt und bestimmte Importeure bevorzugt wurden.

**4 • 1994: Deutscher Bundestag ändert Europawahlgesetz** – Demnach sind unter anderem auch die rund 1,5 Millionen in Deutschland lebenden Staatsbürger aus Ländern der Europäischen Union wahlberechtigt.

**5 • 1990: 9. Volkskammer der DDR beschließt umfangreiche Reformen** – Die Volkskammer beschließt die uneingeschränkte Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit in der DDR. Die Abgeordneten wählen zudem acht Politiker aus oppositionellen Parteien und Gruppierungen als Minister ohne Geschäftsbereich in den Ministerrat.

**6 • 1919: Konstituierung der Weimarer Nationalversammlung** – Aufgrund revolutionärer Unruhen in Berlin kommen die Abgeordneten der Nationalversammlung in Weimar zusammen. Die Nationalversammlung ist das verfassunggebende Parlament der Weimarer Republik.

**• 1929: Reichstag ratifiziert Briand-Kellogg-Pakt** – In dem nach dem amerikanischen Außenminister Frank Kellogg und dem französischen Außenminister Aristide Briand benannten Pakt verpflichten sich die Unterzeichner zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte. Der Vertrag legt den Grundstein für eine völkerrechtliche Ächtung von Kriegen.

**7 • 1985: Deutscher Bundestag beschließt aktives Wahlrecht für Deutsche im Ausland** – Durch eine vom Bundestag gebilligte Novelle des Bundeswahlgesetzes erhalten deutsche Staatsbürger im Ausland unter bestimmten Bedingungen das aktive Wahlrecht zur Bundestagswahl.

**8 • 1952: Deutscher Bundestag stimmt deutschem Verteidigungsbeitrag grundsätzlich zu** – Bei der ersten Debatte über einen deutschen Verteidigungsbeitrag und damit einer möglichen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik stoßen die kontroversen Auffassungen von Regierung und Opposition im Deutschen Bundestag aufeinander. Die Abgeordneten stimmen dem Antrag der Regierung Adenauer mehrheitlich zu.

**9 • 1888: Reichstag verlängert die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre** – Im 1887 neu gewählten Reichstag unterstützen die Deutschkonservative Partei (DKP), die Deutsche Reichspartei (DRP) und die Nationalliberale Partei (NLP) den Vorschlag von Reichskanzler Otto von Bismarck.



## FEBRUAR

**10 • 1919: Verabschiedung des „Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt“** – Das Gesetz regelt bis zum Beschluss der Weimarer Verfassung die Regierungsgewalt während des Übergangs vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Bereits im November 1918 hatte der letzte kaiserliche Reichskanzler die Macht informell an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert übergeben

• **1965: Erste Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag** – Thema der Aussprache, in der die Redebeiträge nicht länger als fünf Minuten sein dürfen, sind „Fragen, die für die deutsche Politik durch die jüngste Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten aktuell wurden“. Präsident Charles de Gaulle hatte dabei deutschlandkritische Bemerkungen gemacht.

• **1995: Norman Foster stellt endgültigen Entwurf der Reichstagskuppel vor** – Der Architekt hatte sich ursprünglich gegen eine Kuppel ausgesprochen und wollte ein gläsernes Flachdach bauen. Der Ältestenrat des Bundestages entschied sich jedoch für eine Kuppel.

**11 • 1919: Nationalversammlung wählt ersten Reichspräsidenten** – Friedrich Ebert (SPD) wird mit 73,1 Prozent der Stimmen zum ersten Reichspräsidenten gewählt. Er ernennt zwei Tage später Philipp Scheidemann zum Ministerpräsidenten, dessen Regierung die erste demokratisch legitimierte Regierung Deutschlands ist.

**12 • 1867: Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes** – Die Wahlen erfolgen nach dem allgemeinen und direkten Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren. Der Reichstag des Norddeutschen Bundes ist noch kein Parlament, sondern eine verfassungsvereinbende Versammlung der Bündnisstaaten.

• **1976: Deutscher Bundestag regelt erstmals Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch** – Das „Fünfzehnte Strafrechtsänderungsgesetz“ legt Bedingungen fest, unter denen Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten nach der Empfängnis in bestimmten Situationen straffrei bleibt.

• **2009: Deutscher Bundestag stimmt Ausgleich der Altersvorsorge zwischen Ehegatten zu** – Der Bundestag verabschiedet einstimmig, dass der finanzielle Ausgleich der Altersvorsorge zwischen Ehegatten nach der Scheidung neu geregelt wird. Dies garantiert, dass der nicht erwerbstätige Partner im Alter oder bei Invalidität abgesichert ist.

**14 • 1919: Nationalversammlung wählt Präsidenten** – Konstantin Fehrenbach wird zum Präsidenten der Weimarer Nationalversammlung gewählt. Der Zentrumspolitiker war zuvor Präsident des Reichstages.

**15 • 1951: Deutscher Bundestag beschließt Einrichtung des Bundesgrenzschutzes** – Die dem Bundesinnenministerium direkt unterstehende Polizeibehörde ist insbesondere für den Schutz der deutschen Grenzen verantwortlich. Im Jahr 2005 erhält sie den Namen „Bundespolizei“.

## FEBRUAR

**16** • **1978: Deutscher Bundestag verabschiedet das zweite Anti-Terror-Gesetz** – Unter dem Eindruck des RAF-Terrors beschließen die Abgeordneten unter anderem, dass bei Fahndungen an öffentlich zugänglichen Orten Kontrollstellen eingerichtet werden können.

**17** • **2005: Deutscher Bundestag beschließt Erhöhung des Einberufungshöchalters für Reservisten** – Der Bundestag setzt das Einberufungshöchalter für Reservisten im Spannungsfall von 45 auf 60 Jahre herauf.

**19** • **1913: Reichstag bewilligt die vollständige Aufhebung des Jesuitengesetzes** – Seit 1872 war es dem Jesuitenorden untersagt gewesen, sich auf dem Gebiet des Deutschen Reiches niederzulassen. Durch die Aufhebung des Gesetzes wird die Rückkehr der Jesuiten möglich.

• **1959: Wahl des ersten Wehrbeauftragten** – Die Abgeordneten wählen den ehemaligen Generalleutnant Helmut von Grolman zum ersten „Anwalt der Soldaten“ im Parlament.

• **1969: „Langer Eugen“ ist bezugsfertig** – Das Hochhaus beherbergt die Abgeordnetenbüros während der Zeit des Deutschen Bundestages in Bonn. Sein Name geht zurück auf Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier.

• **1976: Bundestag stimmt deutsch-polnischem Sozialversicherungsabkommen zu** – Es ermöglicht unter anderem in Deutschland lebenden Polen und in Polen lebenden Deutschen eine angemessene Altersvorsorge.

• **1993: Jury-Entscheidung zur Gestaltung des Parlaments- und Regierungsviertels** – Die Architekten Axel Schultes und Charlotte Frank gewinnen den ersten Preis für ihr städtebauliches Konzept zur Gestaltung des Parlaments- und Regierungsviertels. Die Jury verleiht zudem den Konzepten von Norman Foster, Santiago Calatrava und Pi de Bruijn zur Umgestaltung des Reichstagsgebäudes den ersten Preis.

• **2002: Richtfest am Marie-Elisabeth-Lüders-Haus** – Es beherbergt die Bibliothek des Deutschen Bundestages und rund 600 Büros. Namensgeberin ist die frühere FDP-Abgeordnete Marie-Elisabeth Lüders.

**20** • **1974: Deutscher Bundestag beschließt Verzicht auf Atomwaffen** – Die Abgeordneten billigen mehrheitlich den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag) und damit den Verzicht der Bundesrepublik auf den Erwerb von Atomwaffen.

• **1990: 9. Volkskammer verabschiedet Wahlgesetz für die ersten freien Wahlen in der DDR** – Mit dem Wahlgesetz können die Bürger der DDR erstmals frei ein Parlament wählen. Zudem legt das Wahlgesetz fest, dass im Parlament künftig nur noch 400 statt 500 Abgeordnete sitzen werden, die in freien, allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen ermittelt werden.

---

## FEBRUAR

**21 • 1957: Deutscher Bundestag stimmt Gründung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu** – Die Stiftung erhält die Aufgabe, nach der Auflösung des preußischen Staates dessen Sammlungen und Kulturgüter als gesamtdeutsches Erbe zu erhalten. Sie wird vom Bund und den Ländern gemeinschaftlich finanziert.

**22 • 2008: Deutscher Bundestag verschärft Waffenrecht** – Der Bundestag spricht sich mit großer Mehrheit dafür aus, unter anderem das Tragen gefährlicher Messer und realistisch aussehender Spielzeugwaffen unter Strafe zu stellen und die Kennzeichnungspflicht erlaubnispflichtiger Schusswaffen zu verschärfen.

**23 • 1967: Deutscher Bundestag ermöglicht erstes Investitionsprogramm** – Mit 2,5 Milliarden Mark sollen zusätzliche Investitionen im Straßen- und Wohnungsbau sowie bei Bahn und Post ermöglicht werden.

• **1972: Beginn der Debatte über die Ostverträge** – Insgesamt 22 Stunden, verteilt auf drei Tage, debattieren die Abgeordneten über die Ostverträge, die mit der Sowjetunion und mit Polen geschlossen wurden. Während die Regierung Brandt (SPD) den „Wandel durch Annäherung“ befürwortet, wirft ihr die Opposition vor, einen Weg zu gehen, „der mit Illusionen gepflastert“ sei.

**24 • 1793: Erstmals Wahlen nach demokratischen Grundsätzen auf deutschem Boden** – Im Zuge der französischen Revolution finden Wahlen zum Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent statt. Es ist das Parlament der Mainzer Republik, die bis zur Eroberung durch die Preußen im Juli 1793 existierte.

• **1867: Konstituierender Reichstag des Norddeutschen Bundes beginnt Beratungen** – Das Gremium verabschiedet schließlich im April eine Verfassung, die 1871 grundlegend für die Verfassung des Deutschen Reiches wurde.

• **1997: Symbolischer Spatenstich am Jakob-Kaiser-Haus** – Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth nimmt den ersten Spatenstich für das Jakob-Kaiser-Haus vor.

• **1999: Test der Tonanlage im umgebauten Plenarsaal des neuen Reichstagsgebäudes** – Um die Akustik im vollbesetzten Plenum zu simulieren, übernehmen 1.100 Bundeswehrsoldaten die Plätze von Abgeordneten und Besuchern.

**25 • 1994: Deutscher Bundestag stimmt für Kunstprojekt „Verhüllter Reichstag“** – Nach langen kontroversen Diskussionen spricht sich das Parlament mit 292 Ja- und 223 Nein-Stimmen für das Vorhaben des Künstlerehepaars Christo und Jeanne-Claude aus. Diese hatten jahrelang um Unterstützung der Abgeordneten geworben.

## FEBRUAR

**26** • **1992: Einweihung der Gedenkstätte für ermordete Reichstagsabgeordnete** – In drei großformatigen, repräsentativ gestalteten Gedenkbüchern wird im Reichstagsgebäude an die Lebensschicksale der zwischen 1933 und 1945 verfolgten und ermordeten Mitglieder des Reichstages erinnert. Zu der Gedenkstätte gehört zudem eine monumentale Fotowand von Katharina Sieverding.

• **1954: Deutscher Bundestag beschließt erste Wehrgängung zum Grundgesetz** – Als Folge der beschlossenen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland stimmt der Bundestag für verschiedene Grundgesetzänderungen. Darunter fällt die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Verteidigungsangelegenheiten und Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes.

• **1969: Richard Nixon spricht vor dem Bundestag** – Als erster ausländischer Redner im Plenum des Deutschen Bundestages betont der US-Präsident fast 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik den Beitrag für Frieden und Freiheit, den die Allianz zwischen Deutschland und den USA geleistet habe.

**27** • **1919: Weimarer Nationalversammlung beschließt das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr** – Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges muss die Zahl der Soldaten laut Versailler Vertrag von 800.000 auf 100.000 Mann reduziert werden. Das Gesetz ermöglicht die schrittweise Verkleinerung und Neuformierung der Armee, jedoch schließen sich viele entlassene Frontsoldaten paramilitärischen Organisationen an.

• **1933: Reichstagsbrand** – In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 stehen Teile des Reichstagsgebäudes in Flammen. Der Brandanschlag, dessen Urheberschaft bis heute umstritten ist, liefert dem NS-Regime den Vorwand, bereits am Folgetag mit der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, der sogenannten Reichstagsbrandverordnung, die verfassungsmäßigen Grundrechte aufzuheben und die Verfolgung der Opposition zu legalisieren.

• **1955: Deutscher Bundestag ratifiziert Pariser Verträge** – Durch die Verträge erlangt die Bundesrepublik Deutschland nahezu vollständige Souveränität, da sie das Besatzungsstatut aufhebt. Sie tritt den Militärallianzen WEU (Westeuropäische Union) und NATO bei.

**28** • **2002: Kofi Annan spricht als erster Generalsekretär der Vereinten Nationen vor dem Deutschen Bundestag** – Der Friedensnobelpreisträger von 2001 betont in seiner Rede die Bedeutung Deutschlands bei der Erhaltung des Friedens in Europa und der Welt.

## MÄRZ

- 3 • 1871: Wahl zum ersten Reichstag** – Aus den ersten Wahlen im Kaiserreich, die auf der Grundlage eines allgemeinen, und direkten Wahlrechts für Männer ab 25 Jahren stattfinden, gehen die Nationalliberalen (NLP) als stärkste Kraft hervor.
- 5 • 1933: Letzte Reichstagswahl der Weimarer Republik** – Die NSDAP wird in der letzten freien Wahl vor dem Zweiten Weltkrieg stärkste Partei. Der Wahlkampf war jedoch bereits geprägt von nationalsozialistischer Propaganda sowie der Verfolgung und Einschüchterung insbesondere sozialdemokratischer und kommunistischer Abgeordneter.
- 6 • 1956: Deutscher Bundestag beschließt parlamentarische Kontrolle der neuen Streitkräfte** – Die Abgeordneten votieren für die „zweite Wehrgänzung“ des Grundgesetzes und das Soldatengesetz. Damit machen sie unter anderem die allgemeine Wehrpflicht möglich und entscheiden sich für die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte sowie die Einsetzung eines Wehrbeauftragten.
- 7 • 1990: 9. Volkskammer der DDR regelt Tätigkeit von Privatunternehmen** – Die 9. Volkskammer verabschiedet ein Gesetz über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen.
- 8 • 1990: Deutscher Bundestag gibt Garantie-Erklärung für polnische Westgrenze** – Mit der Erklärung erkennt die Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Grenze endgültig an.
- 9 • 1978: Deutscher Bundestag schafft Voraussetzungen für Geheimdienstkontrolle** – Der Bundestag beschließt ein Gesetz über die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. Es regelt Bildung, Zuständigkeit sowie Art und Umfang der Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission.
- 2005: Präsident der Ukraine spricht vor Deutschem Bundestag** – Viktor Juschtschenko hält im Plenum eine Ansprache vor den Abgeordneten und dankt für die Unterstützung der „Orangen Revolution“ in seinem Land.
- 2007: Deutscher Bundestag votiert für Anhebung des Renteneintrittsalters** – Die Abgeordneten beschließen mehrheitlich, dass von 2012 bis 2029 das Renteneintrittsalter stufenweise von 65 auf 67 Jahre steigen wird.
- 10 • 1965: Abgeordnete debattieren Verlängerung der Verjährungsfrist von nationalsozialistischer Verbrechen** – In einer mehrstündigen und emotional geführten Debatte, bei der die Fraktionsdisziplin aufgehoben ist, beschäftigen sich die Redner mit der Frage nach der Verjährungsfrist von Verbrechen nationalsozialistischer Täter.

## MÄRZ

• **1994: Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetzes** – Mit dem „Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands“ regelt der Deutsche Bundestag den Umzug von Parlament und Teilen der Ministerien von Bonn nach Berlin.

**11** • **1960: Deutscher Bundestag beschließt Wiedergutmachung für Norwegen und Dänemark** – Der Bundestag beschließt, als Wiedergutmachung für die Opfer des Nationalsozialismus an Norwegen 60 Millionen und an Dänemark 16 Millionen D-Mark zu zahlen.

**12** • **1992: Deutscher Bundestag setzt Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ ein** – Die Kommission bekommt unter anderem den Auftrag, Machtstrukturen und Wirkungsweise der Repression in der DDR zu untersuchen sowie die Auswirkungen auf die DDR-Bürger aufzuzeigen.

**13** • **1997: Bundestagsdebatte über Wehrmachtsausstellung** – Die Abgeordneten befassen sich in der Debatte mit der Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“. Sie setzen sich insbesondere mit der Kernthese der Ausstellung auseinander, nach der die deutsche Armee sich im Zweiten Weltkrieg aktiv am Vernichtungskrieg gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung beteiligt habe.

**14** • **2003: Regierungserklärung zu „Agenda 2010“** – In einer Regierungserklärung kündigt Bundeskanzler Gerhard Schröder weitreichende sozialpolitische Reformen an. Die „Agenda 2010“ sieht unter anderem die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor.

**15** • **1956: Verabschiedung des neuen Bundeswahlgesetzes** – Das Wahlgesetz führt unter anderem Neuerungen wie die Briefwahl und eine verschärfte Sperrklausel ein.

**16** • **1960: Bundestagsbeschluss zur Privatisierung des Volkswagenwerkes** – Das beschlossene Gesetz sieht vor, die Volkswagen GmbH in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. 60 Prozent des Grundkapitals gehen in private Hand über, während Niedersachsen und die Bundesrepublik Deutschland je 20 Prozent der Aktien erhalten.

• **1978: Deutscher Bundestag beschließt Europawahlgesetz** – Das Gesetz regelt den rechtlichen Rahmen für die Wahlen der deutschen Abgeordneten im Europaparlament und legt die wesentlichen Bestimmungen zum Wahlrecht und Wahlsystem fest.

**17** • **1793: Rheinisch-Deutscher Nationalkonvent der Mainzer Republik tritt erstmals zusammen** – Das im Deutschhaus Mainz ansässige Parlament gilt als der erste Demokratieversuch auf deutschem Boden.

## MÄRZ

**18** • **1920: Nationalversammlung tagt in Stuttgart** – Wegen des gegen die Regierung gerichteten Kapp-Putsches, bei dem auch der Reichstag kurzfristig besetzt wurde, tagt die Nationalversammlung im Stuttgarter Kunstgebäude.

• **1953: Bundestag ratifiziert deutsch-israelisches Wiedergutmachungsabkommen** – Der Bundestag stimmt dem sogenannten Luxemburger Abkommen zu. Das Übereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Israel sowie der Jewish Claims Conference (JCC) ebnet den Weg für deutsche Wiedergutmachungsleistungen an den Staat Israel.

• **1970: Deutscher Bundestag setzt erstmalig Enquete-Kommission ein** – Die Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ hat den Auftrag, Empfehlungen für eine bessere kulturelle Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu erarbeiten.

• **1976: Deutscher Bundestag beschließt Mitbestimmungsgesetz der Arbeitnehmer** – Das Gesetz gilt in Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten. Es sichert den Arbeitnehmern mehr Mitspracherecht in den Unternehmen zu.

• **1990: Erste und zugleich letzte freie Wahl zur Volkskammer der DDR** – Bei den ersten und einzigen freien Volkskammerwahlen erhält die konservative „Allianz für Deutschland“ aus CDU, DSU und DA mit 48,15 Prozent die meisten Stimmen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 93,38 Prozent.

**19** • **1953: Erstmals Fernsehaufnahmen von Bundestagsdebatte** – Zur Abstimmung über den Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) finden im Plenum des Bundeshauses erstmals Filmaufnahmen statt, die am darauffolgenden Tag gesendet werden.

**20** • **2014: Deutscher Bundestag setzt Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre ein** – Der Ausschuss hat unter anderem den Auftrag, das Ausmaß der Ausspähungen durch die Geheimdienste der USA aufzuklären.

**21** • **1871: Konstituierung des ersten Deutschen Reichstages** – Nach der Wahl zum Reichstag am 3. März 1871 tritt dieser im Weißen Saal des Berliner Stadtschlusses zum ersten Mal zusammen.

• **1929: Reichstag ratifiziert das Genfer Protokoll** – Das Genfer Protokoll von 1925 verbietet den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen. Chemische Kampfgasstoffe waren im Ersten Weltkrieg als Waffen verwendet worden.

• **1971: Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ eröffnet** – Zum 100. Jahrestag der ersten Reichstagsitzung eröffnet im Reichstagsgebäude die spätere Dauerausstellung.

**22** • **1974: Deutscher Bundestag setzt Volljährigkeitsalter auf 18 Jahre herab** – Zuvor war die Volljährigkeit erst mit dem 21. Geburtstag erreicht worden. Die Regelung tritt zum 1. Januar 1975 in Kraft.

## MÄRZ

• **1918: Erster Weltkrieg: Reichstag ratifiziert Friedensvertrag von Brest-Litowsk** – Der zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland geschlossene Vertrag legt den Ausstieg Russlands aus dem Krieg fest. Damit sind die militärischen Auseinandersetzungen des Ersten Weltkriegs in Osteuropa beendet.

**23** • **1903: Reichstag verabschiedet Kinderschutzgesetz** – Es verbietet die Arbeit von Kindern unter zwölf Jahren in allen gewerblichen Betrieben.

• **1933: Reichstag billigt „Ermächtigungsgesetz“** – Gegen den Protest der SPD-Fraktion verabschiedet das Parlament das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“. Damit entledigt sich der Reichstag selbst seiner legislativen Kernfunktion und wird somit zum Scheinparlament.

• **2000: Mauermahnmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses aufgestellt** – Das Gestaltungskonzept beruht auf dem Entwurf des Künstlers Ben Wagin und des Architekten Stephan Braunfels. Die Mauerfragmente folgen dem Originalverlauf der Berliner Mauer.

**24** • **1922: Deutscher Reichstag beschließt Vermögensteuer** – Der Reichstag beschließt die Erhöhung verschiedener Steuern. Neu eingeführt werden die Vermögensteuer und die Vermögenszusatzsteuer.

• **1966: Deutscher Bundestag debattiert über Jagdbomber „Starfighter“** – Hintergrund der Debatte sind tödliche Abstürze von Piloten der Bundeswehr sowie technische und materielle Mängel der Kampffjets.

• **2011: Deutscher Bundestag setzt Wehrpflicht aus** – Mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verabschiedet der Bundestag das Wehrrechtsänderungsgesetz. Damit wird die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt und zugleich ein freiwilliger Wehrdienst von sechs bis 23 Monaten geschaffen.

**25** • **1953: Deutscher Bundestag verabschiedet Bundesvertriebenengesetz** – Das Gesetz regelt bundesweit einheitlich die Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen aus den früheren deutschen Ostgebieten und der DDR.

**26** • **1998: Deutscher Bundestag stimmt für NATO-Osterweiterung** – Mit 555 gegen 37 Stimmen bei 30 Enthaltungen stimmt der Bundestag dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO zu.

**27** • **1968: Verabschiedung des Diätengesetzes** – Das Gesetz regelt die Einführung der Altersentschädigung für Bundestags-Abgeordnete. Sie soll die finanzielle Unabhängigkeit der Parlamentarier im Rentenalter sichern, indem sie die fehlenden Einzahlungen von Abgeordneten, die ihren eigentlichen Beruf nicht ausüben können, kompensiert.



---

## MÄRZ

**28 • 1849: Frankfurter Nationalversammlung legt Paulskirchenverfassung vor** – Die erste gesamtdeutsche und demokratische Verfassung Deutschlands soll die Gründung eines geeinten deutschen Nationalstaates verwirklichen und Grund- und Freiheitsrechte garantieren. Sie scheitert jedoch unter anderem daran, dass Preußens König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone ablehnt.

• **1950: Deutscher Bundestag verabschiedet erstes Gesetz zum sozialen Wohnungsbau** – Es soll der Eindämmung der durch den Zustrom von Millionen Heimatvertriebenen entstandenen Wohnungsnot dienen. Der neu entstehende Wohnraum soll insbesondere an diese Menschen und an jene, die ihre Wohnung im Krieg verloren haben, vergeben werden.

**29 • 1979: Deutsche Europa-Abgeordnete werden Bundestagsabgeordneten gleichgestellt** – Der Bundestag billigt das „Gesetz über die Rechtsverhältnisse“ der deutschen Abgeordneten im Europa-Parlament. Die darin getroffenen Bestimmungen stellen die Abgeordneten im Wesentlichen den Mitgliedern des Deutschen Bundestages gleich.

**31 • 1848: Frankfurter Vorparlament tagt** – In der Frankfurter Paulskirche kommen zur Vorbereitung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung 574 Männer zusammen, die sich mehrheitlich als Liberale verstehen. Das sogenannte Vorparlament soll unter anderem allgemeine Volkswahlen zur Nationalversammlung durchsetzen.

• **1950: Deutscher Bundestag verabschiedet erstmals Gesetz über Abgeordnetendiäten** – Das Gesetz trifft Regelungen über die künftigen Abgeordnetenentschädigungen. Die Parlamentarier sollen künftig 600 Mark pro Monat, sowie 30 Mark Sitzungsgeld pro Parlamentstag und monatlich 200 Mark für ihr Wahlkreisbüro bekommen.

## APRIL

**1 • 1969: Abgeordnete erhalten erstmals Budget für Mitarbeiter** – Zur Unterstützung bei der Erledigung parlamentarischer Arbeit können Abgeordnete Mitarbeiter einstellen und erhalten dafür ein monatliches Budget von 1.500 Mark.

• **2004: Deutscher Bundestag regelt Schlussverkauf neu** – Der Bundestag verabschiedet das „Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb“. Damit wird unter anderem der Schlussverkauf neu geregelt. Der Handel kann nun selbst entscheiden, ob und wann es Sonderverkäufe gibt.

**3 • 1991: Gründung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE** – Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ist ein Forum für über 300 Abgeordnete aus 57 Staaten. Sie beraten Fragen der internationalen Zusammenarbeit, der Kontrolle von Wahlen und die Durchsetzung von internationalen Vorgaben in Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Demokratie und Menschenrechten.

**5 • 1990: Konstituierende Sitzung der erstmals frei gewählten Volkskammer der DDR** – Im Ost-Berliner „Palast der Republik“ konstituiert sich die neugewählte Volkskammer und wählt Sabine Bergmann-Pohl (CDU) zur Parlamentspräsidentin. Der Vorsitzende der CDU in der DDR, Lothar de Maizière, wird mit der Regierungsbildung beauftragt.

• **2000: Deutscher Bundestag stimmt für Kunstwerk „Der Bevölkerung“** – Der Bundestag stimmt nach kontroverser Debatte mit 260 gegen 258 Stimmen bei 31 Enthaltungen für die Installation eines Werkes des Künstlers Hans Haacke. Haacke lässt am nördlichen Lichthof im Reichstagsgebäude unter dem Titel „Der Bevölkerung“ ein Blumenbeet aufschütten, für das jeder der 699 Bundestagsabgeordneten Erde aus seinem Wahlkreis nach Berlin bringen soll.

**6 • 1922: Frauen als Schöffen und Geschworene zugelassen** – Der Reichstag genehmigt einen Gesetzentwurf, wonach im Deutschen Reich auch Frauen als Schöffen oder Geschworene zugelassen sind.

**7 • 1954: Bundesregierung und Deutscher Bundestag lehnen Anerkennung der DDR ab** – Der Bundestag bekräftigt die Haltung der Bundesregierung, die am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik festhält und jeden Kontakt zum SED-Regime ablehnt.

• **1965: Letzte Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in Berlin bis 1990** – Sowjetische Düsenjäger überfliegen die Berliner Kongresshalle während der fünften und letzten Plenarsitzung des Bundestages in West-Berlin. Bis 1990 finden in West-Berlin lediglich vereinzelt Ausschuss- und Fraktionssitzungen statt.

---

## APRIL

**8 • 1874: Deutscher Reichstag beschließt Reichsimpfgesetz** – Das Gesetz ordnet eine verbindliche Jugendimpfung und Revakzination an. Es gilt als erstes Gesetz zur Vorbeugung von Volkskrankheiten und Seuchen.

• **1908: Frauen dürfen Vereinen beitreten** – Der Reichstag verabschiedet das Reichsvereinsgesetz, womit Vereinsgründungen von nun an allen Bürgern ermöglicht werden sollen. Damit ist es erstmals auch Frauen erlaubt, sich (politischen) Vereinen anzuschließen.

• **1976: Deutscher Bundestag reformiert Eherecht** – Die Abgeordneten entscheiden damit unter anderem über ein neues Namensrecht: Ehepaare können künftig selbst entscheiden, ob sie den Familiennamen des Mannes, der Frau oder einen Doppelnamen annehmen.

**9 • 2014: Deutscher Bundestag beschließt Einsatz zur Vernichtung syrischer Chemiewaffen** – An Bord des US-Schiffes „Cape Ray“ werden unter Begleitschutz der Bundeswehr Chemiewaffen des Assad-Regimes vernichtet. Der Einsatz ist Teil einer UN-Mission.

**10 • 1938: Wahl zum „Großdeutschen Reichstag“ und Volksabstimmung über „Anschluss“ Österreichs** – Obwohl der Anschluss Österreichs bereits im März 1938 vollzogen wurde, ordnet Reichskanzler Adolf Hitler eine Scheinwahl zum „Großdeutschen Reichstag“ an, die mit einer Volksabstimmung zum Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich verbunden wird.

• **1951: Deutscher Bundestag verabschiedet das Gesetz über die Montan-Mitbestimmung** – Es führt unter anderem die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat und Vorstand von Bergbau und Eisen- und Stahlunternehmen ein.

**11 • 1957: Verabschiedung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages** – Zu den Aufgaben des Wehrbeauftragten gehört unter anderem, auf die Wahrung der Grundrechte der Soldaten zu achten. Der erste Wehrbeauftragte wird am 19. Februar 1959 gewählt.

**12 • 1967: Erstmalige Ernennung von Parlamentarischen Staatssekretären** – Dem Bundeskanzler und den Ressortministern für Auswärtiges, Inneres, Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Verteidigung, Verkehr und Post werden je ein Parlamentarischer Staatssekretär zur Seite gestellt.

**13 • 1919: In Baden findet die erste deutsche Volksabstimmung statt** – Die vom Landtag am 21. März beschlossene neue badische Verfassung wird mit großer Mehrheit angenommen.

**14 • 1871: Reichstag verabschiedet die Verfassung des Deutschen Reiches** – Mit nur sieben Gegenstimmen stimmt der am 3. März erstmals in ganz Deutschland gewählte Reichstag der „Bismarckschen Reichsverfassung“ zu, die unter anderem den Kaiser an die Spitze der Exekutive und des Heeres stellt. Er kann zudem den Reichstag einberufen und auflösen.

---

## APRIL

• **1969: Deutscher Bundestag billigt die Reform des Nichtehelichenrechts** – Mit dem Gesetz werden uneheliche Kinder den ehelichen rechtlich gleichgestellt.

**16** • **1867: Reichstag nimmt die Verfassung des Norddeutschen Bundes an** – Die Verfassung dient als Grundlage der vier Jahre später verabschiedeten Bismarckschen Reichsverfassung.

**19** • **1999: Eröffnung des umgebauten Reichstagsgebäudes in Berlin** – Das vollständig erneuerte Reichstagsgebäude wird mit einer offiziellen Schlüsselübergabe an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse eröffnet.

**20** • **1989: Deutscher Bundestag beschließt Neuordnung der Post** – Mit der Reform wird die Post in drei öffentliche Unternehmen aufgliedert: Postdienst, Postbank und Telekom. Politisch-hoheitliche Aufgaben bleiben beim Bundesministerium für Post und Telekommunikation angesiedelt.

**23** • **1976: Palast der Republik wird eingeweiht** – Auf dem Platz des ehemaligen Berliner Stadtschlosses in Ost-Berlin wird der „Palast der Republik“ eingeweiht. Das Gebäude ist unter anderem als künftiger Sitz der Volkskammer der DDR vorgesehen.

• **1998: Deutscher Bundestag stimmt mit großer Mehrheit für Europäische Währungsunion** – Durch den Beitritt zur Währungsunion wird am 1. Januar 1999 der Euro eingeführt. 2002 beginnt in allen Ländern der Europäischen Währungsunion die Nutzung des Euros als Bargeld.

**24** • **1997: Václav Havel spricht vor dem Bundestag** – Der tschechische Präsident betont in seiner Rede vor den Abgeordneten die Vereinbarkeit von Patriotismus mit einem vereinten Europa.

• **2001: Montage der Fußgängerbrücken zwischen Paul-Löbe-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus** – Die doppelstöckige Brücke verbindet die beiden Häuser über der Spree und ist ein Symbol für die Wiedervereinigung des ehemals geteilten Ost- und Westberlins.

• **2008: Deutscher Bundestag stimmt Vertrag von Lissabon zu** – Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags stimmen mit Mehrheit dem Vertrag von Lissabon zu. Durch den Vertrag sollen unter anderem Entscheidungen innerhalb der EU effizienter, demokratischer und transparenter werden.

**25** • **1985: „Auschwitz-Lüge“ wird strafbar** – Mit der Verabschiedung des 21. Strafrechtsgesetzes steht die Leugnung von NS-Gewalttaten künftig als Beleidigung unter Strafe.

## APRIL

• **1991: Deutscher Bundestag ratifiziert Verträge mit der UdSSR** – Der „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ umfasst Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft, Technik, Arbeits- und Sozialwesen, Umweltschutz, Kultur, Medien, Rechtshilfe und Denkmal- und Kriegsgräberpflege. Beide Staaten verpflichten sich, die Grenzen Europas als unverletzlich anzuerkennen.

• **2002: Deutscher Bundestag stimmt für Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof** – Die Abgeordneten stimmen dem Gesetz zur Ausführung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes vom 17. Juli 1998 zu. Das ständige Strafgericht hat seinen Sitz im niederländischen Den Haag und nimmt am 1. Juli 2002 seine Tätigkeit auf.

**26** • **1967: Deutscher Bundestag verabschiedet Mehrwertsteuergesetz** – Erstmals wird mit dem Gesetz ab dem 1. Januar 1968 in der Bundesrepublik Deutschland eine Mehrwertsteuer eingeführt. Sie beträgt 10 Prozent, ist aber für bestimmte Produkte wie Nahrungsmittel oder Druckerzeugnisse auf 5 Prozent ermäßigt.

**27** • **1972: Erstes Konstruktives Misstrauensvotum im Deutschen Bundestag** – Das von der oppositionellen CDU/CSU-Fraktion eingebrachte Misstrauensvotum gegen die Regierung von Willy Brandt (SPD) erhält keine Mehrheit.

**28** • **1995: Polnischer Außenminister Władysław Bartoszewski spricht vor dem Bundestag** – In einer gemeinsamen Gedenkstunde erinnern Bundesrat und Deutscher Bundestag an das Kriegsende vor 50 Jahren. Hauptredner ist der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski.

**29** • **1945: Reichstagsgebäude unter Beschuss** – Die Rote Armee nimmt in der Endphase des Kampfes um Berlin das symbolträchtige Reichstagsgebäude unter heftigen Artilleriebeschuss. Die sowjetischen Soldaten nehmen in den folgenden Tagen das Gebäude ein.

• **2004: Deutscher Bundestag verabschiedet Gesetz zur Rentenbesteuerung** – Das Gesetz sieht eine Besteuerung von 27 bis 35 Prozent je nach Alter des Bezugsberechtigten vor und wird bis 2040 schrittweise eingeführt.

**30** • **1968: Sondersitzung zu Studentenunruhen** – Die Abgeordneten debattieren über mögliche Ursachen und Konsequenzen der so genannten Osterunruhen, bei denen es zu Straßenschlachten von Studenten mit der Polizei gekommen war.

• **1990: Deutscher Bundestag und Volkskammer nehmen erstmals offizielle Beziehungen auf** – Die Präsidien des Bundestages und der DDR-Volkskammer vereinbaren eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Parlamenten. Mit dem Zusammentreffen der Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl und der Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth nehmen der Bundestag und die Volkskammer erstmals offizielle Beziehungen auf.

## MAI

- 3 • 1877: Reichspatentgesetz verabschiedet** – Der Reichstag verabschiedet ein Patentgesetz, das der Industrialisierung Rechnung trägt und den gesetzlichen Erfinderschutz begründet.
- **1957: Deutscher Bundestag beschließt das Gleichberechtigungsgesetz** – Mit dem „Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts“ werden unter anderem der Alleinvertretungsanspruch des Ehemannes bei der Vertretung gemeinsamer Kinder und sein Letztentscheidungsrecht in Eheangelegenheiten aufgehoben.
- 4 • 1961: Deutscher Bundestag verabschiedet Bundessozialhilfegesetz** – Das Bundessozialhilfegesetz löst die alte Fürsorgeregelung von 1924 ab und schafft einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe.
- 6 • 1926: Reichstag lehnt Gesetzentwurf zur Fürstenenteignung ab** – Nach einem erfolgreichen Volksentscheid zur Fürstenenteignung, der von SPD und KPD eingebracht worden war, lehnt der Reichstag den entsprechenden Gesetzentwurf mit 236 zu 142 Stimmen ab. Mehrere Gerichte hatten den Fürsten zuvor ein Recht auf Entschädigung für die Beschlagnahme ihrer Besitztümer während der Novemberrevolution 1918/19 zugesprochen.
- **1976: Deutscher Bundestag regelt § 218 neu** – Nach fast zweijähriger kontroverser parlamentarischer Beratung in Bundestag und Bundesrat sowie der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts stimmt der Bundestag mit den Stimmen von SPD und FDP mehrheitlich für die „erweiterte Indikationslösung“. Danach bleibt es bei einem grundsätzlichen Verbot des Schwangerschaftsabbruchs, jedoch wird unter bestimmten Voraussetzungen von einer Bestrafung der Schwangeren abgesehen.
- 7 • 2015: Deutscher Bundestag bekräftigt Existenzrecht Israels** – Anlässlich des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wird die Bundesregierung aufgefordert, sich weiterhin für die Existenz des Staates Israels einzusetzen sowie die „herausragenden Beziehungen und politischen Verbindungen“ beizubehalten und zu vertiefen.
- 8 • 1949: Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat** – Mit 53 gegen 12 Stimmen beschließen die Mitglieder des Parlamentarischen Rates das Grundgesetz, das als vorläufige Verfassung für den westdeutschen Teilstaat gilt. Es wird vier Tage später mit Vorbehalten von den alliierten Militärgouverneuren genehmigt.
- **1901: Reichstag ermöglicht Abgeordneten-Diäten** – Der Reichstag beschließt mit einer entsprechenden Verfassungsänderung, Anwesenheitsgelder für Abgeordnete einzuführen. Zudem können die Parlamentarier sämtliche deutsche Eisenbahnen kostenfrei nutzen.
- **1985: Bundespräsident von Weizsäcker erinnert an Kriegsende** – 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges spricht Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Gedenkstunde im Deutschen Bundestag vom 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“. Zugleich mahnt er, „dass es Veröhnung ohne Erinnerung gar nicht geben“ könne.

## MAI

**10 • 1949: Parlamentarischer Rat stimmt für Bonn als Sitz von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat** – In geheimer Abstimmung stimmen die Mitglieder des Parlamentarischen Rates mit 33 zu 29 Stimmen für Bonn als provisorische Bundeshauptstadt und entscheiden sich damit gegen Frankfurt am Main. Der Bundestag folgt dem Beschluss am 3. November 1949 mit 200 zu 179 Stimmen.

• **1949: Parlamentarischer Rat verabschiedet Wahlgesetz** – Mit dem „Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland“ schafft der Parlamentarische Rat die Grundlage für freie Wahlen im Westteil Deutschlands. Es enthält unter anderem Regelungen über das passive und aktive Wahlrecht, den Wahlmodus, die Zahl der Abgeordneten und über den Wahltermin.

• **1967: Deutscher Bundestag beschließt das Stabilitätsgesetz** – Der Bundestag beschließt das „Gesetz zur Förderung der Stabilität des Wachstums der Wirtschaft“. Es verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden, Preisstabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum anzustreben.

• **1990: Einsetzung eines Ausschusses „Deutsche Einheit“** – Der Bundestag beschließt die Einsetzung eines Ausschusses, der den deutsch-deutschen Einigungsprozess parlamentarisch begleiten soll. Zeitgleich mit der Konstituierung des Ausschusses am nächsten Tag benennt sich der in der DDR-Volkskammer bereits bestehende „Koordinierungsausschuss für Deutsche Einheit“ um, so dass beide Ausschüsse nun gleichnamig sind.

**11 • 1973: Deutscher Bundestag ratifiziert Grundlagenvertrag mit DDR** – In dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik verpflichten sich beide Teilstaaten unter anderem, die bestehenden Grenzen zu respektieren. Zudem wird die Einrichtung Ständiger Vertretungen ermöglicht.

• **1973: Bundesrepublik tritt den Vereinten Nationen bei** – Der Deutsche Bundestag stimmt für den im Grundlagenvertrag mit der DDR vereinbarten Beitritt beider deutscher Staaten. Am 18. September 1973 werden die Bundesrepublik Deutschland als 133. und die DDR als 134. Mitgliedsstaat in die Vereinten Nationen aufgenommen.

**12 • 1919: Sondersitzung der Nationalversammlung zum Versailler Vertrag** – Die in der Neuen Aula der Berliner Universität zusammengekommenen Abgeordneten sprechen sich einmütig gegen die Bestimmungen des in der Pariser Friedenskonferenz beschlossenen Vertrages aus. Insbesondere die Zuweisung der alleinigen Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg sowie die entsprechenden Reparationszahlungen stoßen auf Protest.

• **1926: Reichskanzler Hans Luther stürzt über Flaggenstreit** – Reichskanzler Hans Luther will deutschen Auslandsvertretungen erlauben, neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge auch die alte schwarz-weiß-rote Flagge des Kaiserreiches zu zeigen. Reichspräsident Hindenburg erlässt daraufhin am 5. Mai eine neue Flaggenordnung. Als Reaktion stellt die DDP einen Misstrauensantrag gegen Reichskanzler Luther, welchen der Reichstag mit 177 zu 146 Stimmen annimmt.

## MAI

• **1998: Erster Spatenstich für Marie-Elisabeth-Lüders-Haus** – Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth setzt den ersten Spatenstich für das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, das östlich der Spree den Abschluss des „Bandes des Bundes“ bilden soll.

• **2005: Deutscher Bundestag beschließt Gesetz über eine Verfassung für Europa** – Mit großer Mehrheit stimmt der Bundestag der Ratifizierung des Vertrages über eine Verfassung für Europa zu. Entsprechende Referenden in Frankreich und den Niederlanden scheitern jedoch, sodass das Vertragswerk nicht in Kraft tritt.

**14** • **1986: Vierstündige Debatte über Tschernobyl und die Folgen** – Nachdem am 26. April 1986 in dem ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl einer von vier Reaktoren explodiert war, debattieren die Abgeordneten im Deutschen Bundestag über die zu ziehenden Konsequenzen in Deutschland.

• **1991: Erste Arbeitssitzung des gesamtdeutschen Bundestages im Reichstagsgebäude** – Nach der ersten gesamtdeutschen Parlamentswahl am 2. Dezember 1990 kommt der Deutsche Bundestag erstmals zu einer Arbeitssitzung im Berliner Reichstagsgebäude zusammen.

**16** • **1963: Deutscher Bundestag ratifiziert Elysée-Vertrag** – Im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag wird eine weitreichende politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart.

**17** • **1972: Deutscher Bundestag verabschiedet Ostverträge** – Der Bundestag billigt die mit der Sowjetunion und Polen geschlossenen Verträge, nachdem die UdSSR zuvor unter anderem der Forderung nach Anerkennung der Europäischen Gemeinschaft nachgegeben hatte.

**18** • **1848: Verfassunggebende Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche** – Nachdem es erstmals in den deutschen Staaten auf der Grundlage eines allgemeinen Männerwahlrechts freie Wahlen gegeben hatte, treten die neu gewählten 586 Abgeordneten in der Frankfurter Paulskirche zur Verfassunggebenden Nationalversammlung zusammen.

• **1949: Billigung des Grundgesetzes durch die westdeutschen Landtage** – Die Landtage in Baden und Württemberg-Baden votieren für das Grundgesetz und markieren so den Beginn der Abstimmungsrunde. Bis zum 21. Mai stimmen bis auf den Bayrischen Landtag alle westdeutschen Volksvertretungen der Länder zu, sodass die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit der Bundesländer erreicht ist.

**20** • **1992: Freundschaftsverträge mit der ČSFR und Ungarn** – Im Reichstagsgebäude ratifiziert der Bundestag die Freundschaftsverträge, die Bundeskanzler Helmut Kohl am 6. bzw. am 27. Februar 1992 mit dem ungarischen Ministerpräsidenten József Antall und dem Staatspräsidenten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, Václav Havel, unterzeichnet hatten.

**21** • **1878: Reichstag verabschiedet Arbeiterschutz-Novelle** – Die Novelle beinhaltet unter anderem die Einführung der obligatorischen Fabrikaufsicht durch staatliche Fabrikinspektoren und schafft Kinderarbeit mit Ausnahme der Bereiche Landwirtschaft und Heimarbeit weitgehend ab.



## MAI

• **2010: Deutscher Bundestag beschließt den Euro-Rettungsschirm** – Mit 319 zu 73 Stimmen stimmt der Bundestag in namentlicher Abstimmung dem Koalitionsentwurf zur Stabilisierung des Euros zu. Die Linke hatte den Entwurf von Anfang an abgelehnt, SPD und Bündnis 90/Die Grünen kündigten zuvor ihre Enthaltung an.

**22** • **1996: Nelson Mandela spricht vor dem Deutschen Bundestag** – Der südafrikanische Präsident und Friedensnobelpreisträger dankt den Deutschen in seiner Rede vor dem Bundestag in Bonn für ihre Solidarität im Kampf gegen die Apartheid und die Rassentrennung in seinem Land.

**23** • **1949: Grundgesetz verkündet** – Der Parlamentarische Rat verkündet in einer feierlichen Sitzung das für die drei Westzonen geltende Grundgesetz, nachdem die Länderparlamente zuvor die Annahme beschlossen und die alliierten Militärgouverneure es genehmigt hatten.

• **1990: Erste gemeinsame Sitzung der Ausschüsse „Deutsche Einheit“** – Die für die parlamentarische Begleitung des Einigungsprozesses eingerichteten Ausschüsse „Deutsche Einheit“ der Volkskammer der DDR und des Deutschen Bundestages kommen zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung in Bonn zusammen.

• **1994: Erste gesamtdeutsche Bundesversammlung wählt Roman Herzog zum Bundespräsidenten** – Nach der Wiedervereinigung kommt die erste gesamtdeutsche Bundesversammlung im Reichstagsgebäude zusammen und wählt den ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Roman Herzog zum Bundespräsidenten.

• **2002: George W. Bush spricht vor Deutschem Bundestag** – Der Präsident der Vereinigten Staaten spricht vom gemeinsamen Erbe der Alten und Neuen Welt und betont die Magna Charta als Kanon der gemeinsamen Werte der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

**24** • **1889: Reichstag beschließt Invaliditäts- und Altersversicherung** – Mit der Annahme des „Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung“ legt der Reichstag den Grundstein der deutschen Sozialversicherungsgesetzgebung. Als Teil der Bismarckschen Sozialgesetzgebung sichert sie unter anderem Arbeitern erstmals eine Altersrente zu.

• **1960: Deutscher Bundestag beschließt Wohnungsbau-Gesetz** – Das gegen die Stimmen der SPD verabschiedete Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht erlaubt es nun auch Vermietern von Altbauwohnungen, ihre Mietforderungen bis zu einem Höchstsatz von 25 Prozent zu erhöhen. Damit soll die Vermietung von Altbauwohnungen rentabler werden.

**26** • **1911: Reichstag verabschiedet Verfassung und Wahlgesetz für Elsass-Lothringen** – Mit Inkrafttreten der Verfassung und des Wahlgesetzes erhält Elsass-Lothringen in wesentlichen Punkten den gleichen Status wie die übrigen deutschen Bundesstaaten. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es trotz eigenständiger Verwaltung als Reichsland direkt dem Kaiser unterstellt und weder im Reichstag noch im Bundesrat vertreten.

---

## MAI

• **1993: Deutscher Bundestag beschließt Neuregelung des Asylrechts** – Der Bundestag stimmt Einschränkungen im Asylverfahren zu, nachdem die Zahl der Asylsuchenden im Zuge des Balkankonfliktes sprunghaft angestiegen war. Unter anderem hält das Konzept der sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten Einzug in die Verfassung.

**27** • **1993: Solidarpakt beschlossen** – Um die Folgen der Wiedervereinigung zu bewältigen, beschließt der Bundestag, den neuen Bundesländern im Rahmen des Länderfinanzausgleiches zusätzliche Mittel zuzuweisen. Jährlich sollen von 1995 an mehr als 100 Millionen Mark vom Westen in den Osten fließen.

**30** • **1911: Reichstag beschließt Reichsversicherungsordnung** – Die von Bismarck initiierten Sozialgesetze werden durch die Reichsversicherungsordnung erheblich erweitert. Das Regelwerk umfasst die Arbeiterkrankenversicherung, das Unfallversicherungsrecht sowie das Invaliditäts- und Altersversicherungsrecht.

• **1968: Deutscher Bundestag beschließt Notstandsverfassung** – Die Grundgesetzänderungen regeln den inneren und äußeren Notstand sowie den Verteidigung-, Spannungs- und Katastrophenfall.

**31** • **1883: Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung** – Der Reichstag verabschiedet die Krankenversicherung für Arbeiter, dem ersten Teil der von Reichskanzler Otto von Bismarck initiierten Sozialgesetzgebung. Durch das Gesetz „betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter“ vom 15. Juni wird die gesetzliche Krankenversicherung im deutschen Kaiserreich eingeführt.

• **2005: Moshe Katsav, ehemaliger israelischer Staatspräsident, spricht vor dem Deutschen Bundestag** – Anlässlich des 40. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Deutschlands zum Staat Israel spricht Staatspräsident Moshe Katsav vor den Mitgliedern von Bundestag und Bundesrat.

---

## JUNI

**1 • 1973: Renovierung des Reichstagsgebäudes beendet** – Das einst kriegszerstörte und seit 1961 schrittweise renovierte Reichstagsgebäude wird nach dem Ende der letzten Innenausbauten dem Bundestag übergeben.

• **2017: Dienstältester Abgeordneter wird künftig Alterspräsident** – Der Deutsche Bundestag beschließt eine Änderung der Geschäftsordnung: Alterspräsident wird künftig nicht mehr der nach Lebensjahren älteste, sondern der dienstälteste Abgeordnete. Der Alterspräsident eröffnet die konstituierende Sitzung eines neu gewählten Bundestages.

**3 • 1953: Deutscher Bundestag beschließt erstmals Gesetz über den Länderfinanzausgleich** – Die Abgeordneten votieren für eine Regelung, nach der die wohlhabenderen Bundesländer 1953 und 1954 Ausgleichszahlungen an die übrigen Länder entrichten müssen. Damit wird das seit 1950 geltende Prinzip erstmals gesetzlich geregelt.

**5 • 1964: Deutscher Bundestag ratifiziert Moskauer Atomteststoppabkommen** – Der Vertrag zur Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser soll die nukleare Abrüstung einleiten.

• **1987: Deutscher Bundestag beschließt Neubau des Bonner Plenarsaales** – Mit großer Mehrheit stimmen die Abgeordneten für einen Neubau des Bonner Plenarsaales und entscheiden sich zudem für eine kreisrunde Anordnung der Sitzplätze.

**6 • 1920: Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik** – Bei den ersten Reichstagswahlen der Weimarer Republik müssen die Parteien der „Weimarer Koalition“ (SPD, DDP und Zentrum) erhebliche Verluste hinnehmen. Gewinne erzielen die DNVP, die DVP und die USPD.

**1986: Erste Einsetzung eines Umweltausschusses** – Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 hat die Bundesregierung am 3. Juni 1986 ein Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingerichtet. Parallel hierzu setzt der Bundestag einen zusätzlichen Ständigen Ausschuss ein.

**7 • 1991: Verabschiedung des ersten gesamtdeutschen Bundeshaushalts** – Nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen im Dezember 1990 hatte die Regierungskoalition im Februar 1991 einen Haushaltsentwurf für 1991 beschlossen und im März an den Bundestag übersandt.

**9 • 1884: Kaiser Wilhelm I. legt Grundstein für Reichstagsgebäude** – Der nach Plänen des Frankfurter Architekten Paul Wallot errichtete Bau wird zehn Jahre später fertig gestellt.

• **1972: Bundestag setzt Wahlalter herab** – Die Abgeordneten stimmen für die Änderung des Bundeswahlgesetzes, mit der unter anderem geregelt wird, dass das aktive Wahlrecht nun ab dem 18. Lebensjahr ausgeübt werden kann. Wählbar ist man ab dem 21. Lebensjahr (passives Wahlrecht).

## JUNI

• **1982: Ansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten Ronald Reagan vor dem Bundestag** – Der amerikanische Präsident bekräftigt unter anderem das Engagement seines Landes für Europa: „Ihre Küsten sind unsere Küsten.“

**10** • **1953: Deutscher Bundestag schafft Kanzelparagraph ab** – Der Kanzelparagraph von 1871 hatte als Teil des Strafgesetzbuchs „politische, den öffentlichen Frieden gefährdende Äußerungen von Geistlichen“ unter Strafe gestellt.

• **1976: Deutscher Bundestag verabschiedet erstmals Datenschutzgesetz** – Das neue Gesetz regelt unter anderem den Umgang mit personenbezogenen Daten.

**11** • **1999: Kosovo-Einsatz der Bundeswehr** – Nachdem sich der UN-Sicherheitsrat auf eine Kosovo-Resolution geeinigt hat, stimmen die Abgeordneten mit großer Mehrheit für eine Beteiligung der Bundeswehr an der KFOR (Kosovo Force). Es ist der erste Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg.

**12** • **1969: Deutscher Bundestag beschließt Lohnfortzahlung im Krankheitsfall** – Die Arbeitgeber werden verpflichtet, den Arbeitern (ebenso wie bisher den Angestellten) den vollen Bruttolohnausgleich während der ersten sechs Krankheitswochen zu zahlen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1970 in Kraft.

**13** • **1868: Norddeutscher Reichstag in Berlin führt metrisches System ein** – Nach einer lebhaften Debatte werden mit der „Norddeutschen Maß- und Gewichtsordnung“ die Maße und Gewichte auf dem Gebiet des Norddeutschen Bundes vereinheitlicht.

• **2007: Deutscher Bundestag beschließt Sonderrente für Stasi-Opfer** – Anspruchsberechtigt sind politisch Verfolgte, die in der DDR mindestens sechs Monate im Gefängnis saßen und finanziell bedürftig sind.

**15** • **1950: Deutscher Bundestag stimmt für Beitritt zum Europarat** – Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 gegründet und ist die erste Organisation europäischer Staaten. Er dient der Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

**17** • **1948: Platz vor Reichstagsgebäude wird wieder „Platz der Republik“** – Der ursprünglich „Königsplatz“ genannte Exerzierplatz war in der Weimarer Republik zum „Platz der Republik“ geworden. Seit 1933 hieß er wieder „Königsplatz“. Nun erhält er erneut seinen republikanischen Namen.

• **1990: Gemeinsames Gedenken an DDR-Volksaufstand** – Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Volkskammer gedenken in Ost-Berlin erstmals gemeinsam des Aufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953. Hauptredner ist Konsistorialpräsident Manfred Stolpe.

---

## JUNI

**18 • 1970: Deutscher Bundestag senkt Wahlalter auf 18 Jahre** – Die Abgeordneten stimmen dafür, das aktive Wahlalter auf 18 Jahre zu senken. Zuvor konnten Wahlberechtigte mit 21 Jahren wählen. Das passive Wahlalter wird vom 25. auf das 21. Lebensjahr herabgesetzt.

• **1974: Deutscher Bundestag verbietet TV-Werbung für Tabak** – Der Bundestag beschließt einstimmig eine umfassende Reform des Lebensmittelrechtes, das die Verbraucher vor Täuschungen und gesundheitlichen Schäden schützen soll. So darf unter anderem für Tabakwaren künftig keine Rundfunk- und TV-Werbung mehr gesendet werden.

**19 • 1988: Michael Jackson vor dem Reichstagsgebäude** – Der US-Popstar gibt auf dem Platz der Republik vor rund 40.000 Besuchern ein Konzert. Im Ostteil der Stadt kommt es zu Rängeleien zwischen der Volkspolizei und Jugendlichen, die sich in der Nähe der Mauer versammelt hatten, um akustisch an dem Konzert teilzuhaben.

**20 • 1991: Berlin wird zum Parlaments- und Regierungssitz** – Nach einer ganztägigen Debatte, an der sich über 100 Redner beteiligen, spricht sich der Bundestag mit 338 gegen 320 Stimmen für Berlin als künftigen Sitz von Parlament und Regierung aus.

**21 • 1990: Deutscher Bundestag und Volkskammer der DDR beschließen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** – Die beiden Parlamente ratifizieren am selben Tag den deutsch-deutschen Staatsvertrag und stimmen so der Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu. Darüber hinaus wird eine gleichlautende Resolution zur endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze beschlossen.

**22 • 1978: Sommerzeit eingeführt** – Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages stimmen für ein neues Zeitgesetz, mit dem unter anderem die Sommerzeit eingeführt wird. Im März wird die Uhr eine Stunde vor- und im Oktober wieder zurückgestellt.

**23 • 1919: Weimarer Nationalversammlung billigt Versailler Vertrag** – Das Deutsche Reich erkennt seine Kriegsschuld an und wird zu erheblichen Reparationszahlungen verpflichtet. Darüber hinaus wird die Armee drastisch reduziert und eine Aufrüstung verboten.

**24 • 1976: Deutscher Bundestag verabschiedet Anti-Terror-Gesetz** – Mit dem Gesetz wird unter anderem die Bildung terroristischer Vereinigungen als neuer Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen.

• **1995: Reichstagsgebäude verhüllt** – Die letzte Stoffbahn der rund 100.000 Quadratmeter großen Hülle wird an dem Gebäude befestigt. In den kommenden Wochen kommen rund fünf Millionen Besucher, um das Werk des Künstlerpaars Christo und Jeanne-Claude zu sehen.

## JUNI

**25 • 1920: Reichstag wählt Paul Löbe zum ersten Präsidenten** – Der Reichstag wählt den SPD-Politiker Paul Löbe zum ersten Präsidenten des Reichstages der Weimarer Republik.

• **1953: Deutscher Bundestag führt Zweitstimme ein** – Das neue Wahlgesetz regelt, dass künftig mit der Erststimme ein Kandidat aus dem Wahlkreis direkt gewählt wird. Mit der Zweitstimme votieren die Wähler für eine der angetretenen Parteien. Zudem gilt nun die Fünf-Prozent-Sperrklausel bundesweit.

• **1997: Deutscher Bundestag billigt Transplantationsgesetz** – Die Abgeordneten stimmen für ein Transplantationsgesetz, das unter anderem vorsieht, Organentnahmen bei hirntoten Menschen künftig auch ohne deren vorherige Einwilligung möglich zu machen. Es reicht die Zustimmung eines Angehörigen, sofern diese nicht dem mutmaßlichen Willen des Verstorbenen zuwiderläuft.

• **1999: Deutscher Bundestag beschließt Holocaust-Mahnmal in Berlin** – Der Bundestag beschließt, den Stelenfeld-Entwurf des amerikanischen Architekten Peter Eisenman als Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin zu realisieren.

**26 • 1992: Strafrechtsänderung § 218** – Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages debattieren rund 14 Stunden über die Neuregelung zum Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch. Schließlich votieren 356 von insgesamt 662 Parlamentarier für eine Fristenlösung mit Beratungspflicht.

**27 • 1884: Reichstag begründet gesetzliche Unfallversicherung** – Das erlassene Unfallversicherungsgesetz verpflichtet Unternehmer, Berufsgenossenschaften zu bilden und zu finanzieren und sich so von einer Haftung bei Betriebsunfällen frei zu stellen.

• **2000: Jacques Chirac spricht vor dem Deutschen Bundestag** – Der französische Staatspräsident hält als erster amtierender Staatsoberhaupt eine Rede vor den Abgeordneten im neu gestalteten Reichstagsgebäude.

**28 • 1961: Deutscher Bundestag beschließt Erschwerung der Ehescheidung** – Der Bundestag beschließt das Familienrechts-Änderungsgesetz, nach dem unter bestimmten Voraussetzungen eine Ehe nicht geschieden werden kann, wenn einer der Partner widerspricht.

• **1967: Parteiengesetz verabschiedet** – Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages votieren für ein Parteiengesetz, das unter anderem Grundsätze der innerparteilichen Willensbildung festlegt sowie Regelungen für die Parteienfinanzierung.

• **1985: Deutscher Bundestag beschließt Vermummungsverbot** – Der Bundestag verschärft das Demonstrationsstrafrecht durch Verbot der Vermummung, die künftig bei Protestzügen als Ordnungswidrigkeit gilt und unter bestimmten Voraussetzungen auch als Straftat geahndet werden kann.

**29 • 1961: Kindergeld ab dem zweiten Kind** – Der Deutsche Bundestag stimmt für die Einführung eines Kindergeldes in Höhe von 25 D-Mark im Monat, das mit der Geburt des

---

## JUNI

zweiten Kindes gezahlt wird und Eltern mit einem Jahreseinkommen bis 7.200 D-Mark zusteht. Zuvor war erst mit dem dritten Kind Kindergeld gezahlt worden.

- **2001: Deutscher Bundestag schafft „Rabattgesetz“ ab** – Das Gesetz war 1934 geschaffen worden und sah Einschränkungen für das „Feilschen und Handeln“ im Einzelhandel vor. Die Aufhebung der Regelung soll zu größerer Freiheit in der Preisgestaltung führen.
- **2006: Deutscher Bundestag verabschiedet Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz** – Das Gesetz enthält Regeln zum Schutz vor Benachteiligung einzelner gesellschaftlicher Gruppen.
- **2012: Deutscher Bundestag stimmt für Europäischen Fiskalpakt** – Das Abkommen soll dazu dienen, die Haushaltsdisziplin in der EU zu fördern und enthält unter anderem Regelungen zur Ahndung bei Verstößen.

**30** • **1994: Umweltschutz und Gleichberechtigung im Grundgesetz** – Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages führen eine ganztägige Verfassungsdebatte, in der sie zahlreiche Änderungen des Grundgesetzes aus Anlass der Wiedervereinigung beraten und beschließen. Dazu gehören der Umweltschutz, der Schutz vor Benachteiligung Behinderter und die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die – nach der Zustimmung des Bundesrates am 23. September – als Staatsziele im Grundgesetz verankert werden.

- **2006: Deutscher Bundestag verabschiedet erste Föderalismusreform** – Mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschließt das Parlament verschiedene Änderungen des Grundgesetzes, welche das Verhältnis zwischen Bund und Ländern betreffen. Dabei werden insbesondere die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes neu ausgestaltet und erweitert.
- **2011: Deutscher Bundestag beschließt Atomausstieg** – Nachdem es nach einem Seebeben zu Unfällen im Kernkraftwerk von Fukushima (Japan) gekommen war, entscheiden sich die Abgeordneten mit großer Mehrheit für eine Änderung des Atomgesetzes, nach der die Nutzung der Kernenergie in Deutschland bis 2022 beendet werden soll.
- **2017: Eheschließung für Homosexuelle** – Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages votieren für eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches, nach der gleichgeschlechtliche Partner die standesamtliche Ehe schließen dürfen.
- **2017: Deutscher Bundestag verabschiedet Netzwerkdurchsuchungsgesetz** – Das sogenannte „Facebook-Gesetz“ führt Regeln für soziale Netzwerke ein, die der Zunahme von strafbaren Inhalten und Hasskriminalität im Internet entgegenwirken sollen.

## JULI

**1 • 1867: Verfassung des Norddeutschen Bundes schreibt Reichstag Legislativrecht zu** – Die im Wesentlichen auf einem Entwurf des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck beruhende Verfassung des Norddeutschen Bundes tritt in Kraft. Unter anderem wird dem Reichstag gleichberechtigt zum Bundesrat Gesetzgebungskompetenz eingeräumt.

• **1896: Reichstag verabschiedet Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)** – Das BGB tritt am 1. Januar 1900 in Kraft und regelt erstmals einheitlich für das Deutsche Reich das allgemeine Privatrecht. Es ist bis heute der zentrale Gesetzestext des Zivilrechts.

• **1999: Letzte Sitzungswoche in Bonn** – Mit einem Bürgerfest und einem Tag der offenen Tür beendet der Deutsche Bundestag die letzte Sitzungswoche in Bonn vor dem Umzug nach Berlin.

**2 • 1953: Deutscher Bundestag stimmt für Londoner Schuldenabkommen** – In dem Abkommen wird die teilweise Begleichung der Vor- und Nachkriegsschulden gegenüber den drei westlichen Besatzungsmächten vereinbart. Das Abkommen enthält zudem einen hohen Schuldennachlass.

• **2004: Deutscher Bundestag beschließt „Hartz IV“** – Die Abgeordneten stimmen unter anderem für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV). Das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ enthält zudem Regelungen und Auflagen für Arbeitssuchende sowie neue Fördermöglichkeiten.

**3 • 1919: Weimarer Nationalversammlung spricht sich für Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold aus** – Die neuen Farben lösen die Schwarz-Weiß-Rote Flagge des Kaiserreiches ab. In der Folge entzündet sich ein „Flaggenstreit“, der neben parlamentarischen und öffentlichen Diskussionen zu Straßenkämpfen zwischen beiden Lagern führt.

• **1969: Wahl des ersten Notstandsparlaments** – Zum ersten Mal werden Mitglieder des Bundestages für den als Notstandsparlament vorgesehenen Gemeinsamen Ausschuss gewählt. Dieser soll im Verteidigungsfall die Funktionen von Bundestag und Bundesrat ausüben.

• **1979: Deutscher Bundestag hebt Verjährung für Mord auf** – Der Tatbestand des § 211 Strafgesetzbuch unterliegt damit nicht mehr der Verjährung. Anlass für die Gesetzesänderung war die drohende Verjährung von NS-Verbrechen.

• **2003: Deutscher Bundestag stimmt für EU-Osterweiterung** – Der Bundestag stimmt für die am 1. Mai 2004 geplante EU-Erweiterung um zehn Länder. Es ist die größte Erweiterungsrunde der EU-Geschichte.

• **2009: Deutscher Bundestag ermöglicht „Bad Banks“** – Mit dem „Gesetz zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds“ können Finanzinstitute gegen Gebühr Wertpapiere, die in der Folge der Finanzkrise faktisch wertlos geworden sind, in so genannte Bad Banks auslagern und so ihre Bilanzen bereinigen.



---

## JULI

• **2014: Deutscher Bundestag beschließt Mindestlohn** – Der Bundestag beschließt die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland. Er beträgt 8,50 Euro die Stunde und soll ab 2015 gelten.

**4** • **1957: Bundestag erlässt Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen** – Das Gesetz legt Grundlagen zum deutschen Kartell- und Wettbewerbsrecht. Es dient der Erhaltung eines freien und vielseitigen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und gilt als Grundlage für die soziale Marktwirtschaft.

• **1958: Verteidigungsetat erstmals größter Posten des Bundeshaushaltes** – Der Bundestag verabschiedet den Haushalt für das Jahr 1958/59: Erstmals ist der Verteidigungsetat der größte Posten.

• **2002: Deutscher Bundestag beschließt Wiedererrichtung des Berliner Schlosses als Humboldt-Forum** – Der Bundestag entscheidet, das 1950 auf Anordnung Walter Ulbrichts gesprengte Hohenzollernschloss in der Mitte Berlins wieder aufzubauen.

**5** • **1957: Deutscher Bundestag ratifiziert Römische Verträge** – Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zu den Römischen Verträgen, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft gegründet werden. Die Verträge treten am 1. Januar 1958 in Kraft und gelten als Gründungsdokumente der EU.

**7** • **1927: Reichstag beschließt Arbeitslosenversicherung** – Der Reichstag führt die Versicherungspflicht gegen Arbeitslosigkeit und den Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld, das sich nach dem früheren Lohn richtet, ein. Die Kosten sollen zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden.

• **1927: Reichstag verabschiedet Mutterschutzgesetz** – Frauen erhalten damit einen Kündigungsschutz für die letzten sechs Wochen vor und die ersten sechs Wochen nach der Geburt.

• **1933: SPD verliert sämtliche Mandate** – Reichsinnenminister Frick hebt alle SPD-Mandate im Reichstag und in allen übrigen Parlamenten auf. Bereits vor der konstituierenden Sitzung des Reichstages waren die Mandate der KPD annulliert worden. Die anderen Parteien lösten sich auf. Die NSDAP verbleibt als einzige Partei.

• **1955: Deutscher Bundestag verabschiedet Bannmeilengesetz** – Mit dem Gesetz wird um die Sitze der Bundesorgane eine Schutzzone eingerichtet, in welcher Demonstrationen und andere Versammlungen nur mit Sondergenehmigung erlaubt sind. Die freie Willensbildung der Parlamentarier und Richter soll so geschützt werden.

• **1956: Deutscher Bundestag verabschiedet Wehrpflichtgesetz** – Damit wird die künftige Bundeswehr eine Wehrpflichtarmee. Im September wird die Dauer des Wehrdienstes auf 12 Monate festgelegt. Außerdem wird ein ziviler Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer eingerichtet.

## JULI

**8 • 1948: Westdeutsche Ministerpräsidenten beraten Einberufung eines Parlamentarischen Rates** – Die westdeutschen Ministerpräsidenten beraten in Koblenz bis zum 10. Juli den Vorschlag, die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und die Ausarbeitung einer Verfassung zurückzustellen und stattdessen einen „Parlamentarischen Rat“ zu wählen, der ein „Grundgesetz“ für das Besatzungsgebiet der Westmächte ausarbeitet.

**9 • 1919: Weimarer Nationalversammlung ratifiziert Versailler Vertrag** – Damit erkennt das Deutsche Reich seine alleinige Kriegsschuld an und verpflichtet sich zur Entrichtung von Reparationszahlungen.

**10 • 1948: „Herrenchiemseer Konvent“ erarbeitet Grundlagen für neue Verfassung** – Ein vorbereitender Verfassungskonvent, von den Landesregierungen berufen, entwirft im Alten Schloss Herrenchiemsee Richtlinien für das Grundgesetz („Herrenchiemseer Konvent“). Der Konvent tagt bis zum 23. Juli.

**12 • 1879: Reichstag beschließt Schutzzölle für Landwirtschaft und Industrie** – Mit den Stimmen der Konservativen und des Zentrums werden Zölle auf Getreide, Holz, Eisen und Vieh sowie Genussmittel wie Tabak und Tee eingeführt. Ziel ist die Stützung der Inlandspreise.

**14 • 1933: Hitler verbietet Neugründung von Parteien** – Mit Erlass des „Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien“ wird die NSDAP zur einzigen zugelassenen Partei und das politische Leben endgültig gleichgeschaltet.

**16 • 1955: Deutscher Bundestag beschließt Bundeswehr-Freiwilligengesetz** – Das „Freiwilligengesetz“ sieht die Rekrutierung von 6.000 Freiwilligen für die bundesdeutschen Streitkräfte vor, die das Ausbildungs- und Führungspersonal der zukünftigen Bundeswehr bilden sollen.

**17 • 1954: Bundesversammlung erstmals in Berlin** – Erstmals tritt die Bundesversammlung in Berlin zusammen und wählt in der Ostpreußenhalle Theodor Heuss zum zweiten Mal zum Bundespräsidenten.

**18 • 1922: Reichstag beschließt „Gesetz zum Schutz der Republik“** – Das Gesetz ermöglicht das Verbot republikfeindlicher Vereinigungen und deren strafrechtliche Verfolgung.

**19 • 1917: Erster Weltkrieg – Reichstag spricht sich für Frieden aus** – Die Abgeordneten des Reichstages stimmen für die vom Zentrumspolitiker Matthias Erzberger eingebrachte Friedensresolution, in welcher ein einvernehmlicher Friedensschluss ohne Annexionen gefordert wird. Diese Zustimmung stellt die erste parlamentarische Willensbekundung für ein Ende des Ersten Weltkrieges dar.

---

## JULI

• **1952: Deutscher Bundestag verabschiedet Betriebsverfassungsgesetz** – Das umkämpfte Gesetz regelt Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte für Arbeitnehmer in privaten Betrieben ab fünf Mitarbeitern.

• **1971: Deutscher Bundestag verabschiedet Städtebauförderungsgesetz** – Mit dem Gesetz werden unter anderem Sanierungs- und Entwicklungsvorhaben der Kommunen gefördert. Öffentliche Verwaltungen erhalten mehr Eingriffsmöglichkeiten bei Bodenspekulationen in Großstädten.

**21** • **1999: Betriebskindertagesstätte des Bundestages eröffnet** – Die Betriebskindertagesstätte neben dem Paul-Löbe-Haus ist nahe der Spree gelegen und bietet Platz für rund 170 Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundestages.

**22** • **1990: 10. Volkskammer der DDR führt Länder ein** – Mit dem Ländereinführungsgesetz und dem Gesetz zur Wahl der Landtage wird die seit Juli 1952 zentralistische DDR in einen föderativen Staat mit fünf neuen Ländern (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) umgewandelt.

**23** • **2001: Bezug des Paul-Löbe-Hauses** – Abgeordnete und Verwaltungsmitarbeiter beziehen ihre Büros im Paul-Löbe-Haus, das unterirdisch mit dem Reichstagsgebäude verbunden ist. In dem vom Münchner Architekten Stephan Braunfels gestalteten Bau tagen unter anderem die Ausschüsse des Deutschen Bundestages.

**26** • **1990: Ausschüsse „Deutsche Einheit“ einigen sich auf Wahltermin** – Die Ausschüsse „Deutsche Einheit“ des Bundestages und der Volkskammer der DDR einigen sich auf den 2. Dezember 1990 als Termin für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl und auf ein einheitliches Wahlrecht.

**29** • **1953: Deutscher Bundestag tritt im Kölner Funkhaus zusammen** – Zur letzten Sitzung der ersten Wahlperiode des Deutschen Bundestages kommen die Abgeordneten im Funkhaus des Nordwestdeutschen Rundfunks in Köln zusammen, da der Plenarsaal im Bundeshaus in Bonn umgebaut wird.

**31** • **1919: Nationalversammlung beschließt Weimarer Reichsverfassung** – Mit großer Mehrheit wird die Weimarer Verfassung von der Nationalversammlung verabschiedet. Es ist die erste parlamentarisch-demokratische Verfassung Deutschlands. Das Reich wird zur parlamentarischen Republik.

## AUGUST

**3 • 1990: Wahlvertrag für erste gesamtdeutsche Bundestagswahl** – Die Regierungsunterhändler der Bundesrepublik und der DDR, Wolfgang Schäuble und Günther Krause, unterzeichnen den ersten gesamtdeutschen Wahlvertrag für die anstehende Bundestagswahl am 2. Dezember. Der Vertrag sieht unter anderem vor, dass die Zahl der Abgeordneten von 518 auf 656 erhöht wird.

**4 • 1914: Reichstag stimmt für Kriegskredite** – Einstimmig und mit der Zustimmung der jahrelang als Reichsfeinde diskreditierten Sozialdemokraten bewilligen die Abgeordneten Kriegskredite in Höhe von fünf Milliarden Mark. Zudem verabschiedet das Parlament ein Ermächtigungsgesetz, durch welches es seine Gesetzgebungskompetenz auf den Bundesrat überträgt.

**5 • 1920: Reichstag verabschiedet Entwaffnungsgesetz** – Dem neuen Gesetz zufolge müssen sämtliche Militärwaffen in zivilem Besitz bei den Behörden abgeliefert werden. Bis Ende des Jahres werden unter anderem 2,2 Millionen Gewehre und über 78.000 Revolver und Pistolen eingezogen.

**8 • 2009: U-Bahnstation „Bundestag“ eröffnet** – In Berlin nimmt die „Kanzler-U-Bahn“ den Betrieb auf. Die 1,8 km lange Linie U 55 verkehrt zwischen den drei Stationen Hauptbahnhof, Bundestag und Brandenburger Tor.

**10 • 1948: Herrenchiemseer Verfassungskonvent** – Im Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz der westdeutschen Länder erarbeitet ein Ausschuss von rund 30 Experten aus Rechtswissenschaft und Politik einen Verfassungsentwurf, der als Grundlage für das Grundgesetz dient.

**11 • 1919: Weimarer Reichsverfassung unterzeichnet** – Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet die neue Verfassung des Deutschen Reiches, die sogenannte Weimarer Verfassung. Sie tritt am 14. August in Kraft und stellt die erste zur Anwendung gelangte demokratische Verfassung in Deutschland dar.

**13 • 1948: Bonn wird Sitz des Parlamentarischen Rates** – Die Ministerpräsidenten der Länder der westlichen Besatzungszone wählen Bonn zum Sitz des Parlamentarischen Rates, der unter anderem das Grundgesetz ausarbeiten soll. Er tritt erstmalig am 1. September zusammen.

**14 • 1949: Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag** – In Deutschland wird erstmals der Bundestag gewählt. Die Wahl ist – nach den Wahlen zu den Landtagen und den Kommunalwahlen in den Jahren seit 1946 – die erste freie Wahl auf deutschem Boden seit der Reichstagswahl vom 6. November 1932.

## AUGUST

**15 • 1948: Wahl der Delegierten für den Parlamentarischen Rat beginnt** – Die westdeutschen Landtage beginnen mit der Wahl der 65 Delegierten für den Parlamentarischen Rat in Bonn, der mit der Ausarbeitung des Grundgesetzes betraut wird. Hinzu kommen fünf nicht stimmberechtigte Delegierte aus West-Berlin. Die Wahlvorgänge dauern bis zum 31. August.

**18 • 1961: Sondersitzung des Deutschen Bundestages als Protest gegen Mauerbau** – In einer emotionalen Debatte, zu deren Beginn Bundeskanzler Konrad Adenauer ans Rednerpult tritt, um eine Regierungserklärung abzugeben, verurteilen die Redner in Bonn mit scharfen Worten die Abriegelung Ost-Berlins. Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt spricht davon, dass weiter auseinandergerissen werde, was zusammengehöre.

**21 • 1919: Reichspräsident wird erstmals auf Weimarer Reichsverfassung vereidigt** – Friedrich Ebert wird vor der Weimarer Nationalversammlung auf die neue deutsche Reichsverfassung vereidigt.

**22 • 1990: 10. Volkskammer der DDR stimmt für erste gesamtdeutsche Wahl** – Die DDR-Volkskammer spricht sich mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit für den Wahlvertrag und damit für eine gesamtdeutsche Parlamentswahl aus.

**23 • 1990: 10. Volkskammer der DDR beschließt Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland** – Die Volkskammer beschließt in einer Sondersitzung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik.

• **1990: Deutscher Bundestag billigt Gesetz für gesamtdeutsche Wahlen** – Mit dem „Gesetz zu den Verträgen zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl“ bestätigt der Bundestag den am 3. August geschlossenen Wahlvertrag.

**24 • 1990: 10. Volkskammer der DDR verbietet Vernichtung von Stasi-Akten** – Die Volkskammer verabschiedet ein Gesetz, das die Vernichtung der etwa sechs Millionen Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit verbietet. Ziel ist die Sicherung von Beweisen für die rechtsstaatswidrigen Maßnahmen des Staatssicherheitsdienstes.

**25 • 1999: Erstmals „Einblicke und Ausblicke“ im umgebauten Reichstagsgebäude** – Über 250.000 Besucherinnen und Besucher besichtigen bis zum 29. August das neu gestaltete Parlamentsgebäude. Der Tag der offenen Tür findet seitdem jedes Jahr (außer in Wahljahren) im Herbst statt.

**31 • 1867: Erste Wahl zum Reichstag des Norddeutschen Bundes** – Nachdem im Februar Wahlen zum konstituierenden Reichstag abgehalten worden waren, werden nun in den Mitgliedsstaaten des Norddeutschen Bundes gemäß den jeweiligen Wahlgesetzen 297 Abgeordnete in den ersten und einzigen ordentlichen Reichstag gewählt. Die Unterstützer Otto von Bismarcks behalten die Mehrheit.

---

## SEPTEMBER

**1 • 1948: Erste Tagung des Parlamentarischen Rates** – Der Parlamentarische Rat mit seinen 65 gewählten Mitgliedern aus den elf Landtagen der westdeutschen Länder nimmt seine Arbeit auf und erarbeitet in den folgenden acht Monaten eine Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, das Grundgesetz.

**2 • 1998: Ältestenrat entscheidet sich für Beibehaltung des Bundestagsadlers** – Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages spricht sich dafür aus, auch im neugestalteten Berliner Plenarsaal einen Bundesadler als Staatssymbol aufzuhängen. Die Vorderseite orientiert sich an dem Entwurf des Bundesadlers von Ludwig Gies, während die Rückseite von Norman Foster gestaltet wird.

**4 • 1909: Reichstagsabgeordnete fliegen im Zeppelin über den Bodensee** – Auf Einladung des Grafen Ferdinand von Zeppelin fliegen die Reichstagsabgeordneten im Zeppelin über den Bodensee. Nachdem sie zunächst dessen Luftschiffanlagen besichtigt haben, steigen die Parlamentarier in mehreren Gruppen in das lenkbare Luftschiff Z III.

**7 • 1949: Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages** – Der Deutsche Bundestag tritt in Bonn zu seiner ersten Sitzung zusammen. Hierzu wurde angrenzend an die ehemalige Turnhalle der Pädagogischen Akademie eigens ein Plenarsaal errichtet. Alterspräsident Paul Löbe (SPD) eröffnet die Sitzung.

**8 • 2009: Aufhebung der Verurteilungen wegen „Kriegsverrats“** – 64 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschließt der Bundestag einstimmig die Aufhebung aller Verurteilungen wegen „Kriegsverrats“. Dieser Tatbestand war von den Nationalsozialisten zu einem willkürlichen Instrument der Verfolgung politisch missliebiger Handlungen genutzt worden.

**9 • 1986: Erste Sitzung des Deutschen Bundestages im Ersatzplenarsaal des ehemaligen Bonner Wasserwerks** – Aufgrund des Abrisses des vormaligen Bundestagsgebäudes zur Errichtung eines Neubaus tagt der Bundestag ersatzweise im zum Plenarsaal umgebauten Alten Wasserwerk. Hier werden in den folgenden Jahren die historischen Beschlüsse des Parlaments zur Wiedervereinigung und zum Hauptstadttumzug gefasst.

**10 • 2014: Bronisław Komorowski spricht vor dem Deutschen Bundestag** – In der Gedenkstunde aus Anlass des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges bezeichnet der polnische Staatspräsident vor dem Deutschen Bundestag die deutsch-polnischen Beziehungen als Beispiel dafür, wie eine schwierige Vergangenheit überwunden und ein sicheres Europa aufgebaut werden könne.

**11 • 1997: Ältestenrat des Deutschen Bundestages empfiehlt Namen für Bundestagsgebäude** – Die drei noch im Bau befindlichen Liegenschaften sollen „Paul-Löbe-Haus“, „Marie-Elisabeth-Lüders-Haus“ und „Jakob-Kaiser-Haus“ heißen.

---

## SEPTEMBER

**12 • 1949: Erste Bundesversammlung tritt in Bonn zusammen** – Theodor Heuss wird im Bonner Bundeshaus zum ersten Bundespräsidenten gewählt.

• **1992: Denkmal für ermordete Reichstagsabgeordnete wird der Öffentlichkeit übergeben** – Vor der Südwestecke des Reichstagsgebäudes wird das privat initiierte Denkmal zur Erinnerung an 96 von den Nationalsozialisten ermordete Reichstagsabgeordnete installiert und übergeben.

• **2000: Kunstprojekt „DER BEVÖLKERUNG“ wird im Reichstagsgebäude eingeweiht** – Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Künstler Hans Haacke weihen das Kunstwerk im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes ein.

**14 • 1999: Palais des Reichstagspräsidenten wiedereröffnet** – Das von dem Architekten Thomas van den Valentyn neu gestaltete Gebäude dient künftig der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft als Sitz.

**15 • 1949: Deutscher Bundestag wählt ersten Bundeskanzler** – Mit einer Stimme Mehrheit wird Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik gewählt.

• **1970: Beginn der Parlamentskorrespondenz „heute im bundestag“ (hib)** – Das Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages informiert Abgeordnete und Öffentlichkeit in kompakter Form über tagesaktuelle Parlamentsvorgänge.

**17 • 1970: Erstmalige Konstituierung des „Notparlamentes“** – Der Gemeinsame Ausschuss von Bundestag und Bundesrat („Notparlament“), den die Bundesregierung über ihre Plannungen für den Verteidigungsfall zu unterrichten hat, tritt erstmals zusammen.

**18 • 1997: Richtfest nach Umbau des Reichstagsgebäudes** – Nach einer umfangreichen Umgestaltung zum Sitz des Deutschen Bundestages wird das Richtfest des Reichstagsgebäudes in Berlin gefeiert.

**19 • 1951: In Bonn erscheint erstmals die Wochenzeitung „Das Parlament“** – Die Zeitung informiert umfassend über das parlamentarische Geschehen und liefert Hintergrundberichte zur Arbeit der Abgeordneten.

**20 • 1949: Erste Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag** – Bundeskanzler Konrad Adenauer gibt vor dem Plenum des Deutschen Bundestages die erste Regierungserklärung ab. Zuvor waren er und seine Kabinettskollegen von Bundestagspräsident Erich Köhler vereidigt worden.

• **1949: Deutscher Bundestag beschließt provisorische Geschäftsordnung** – Mit großer Mehrheit verabschiedet der Bundestag seine vorläufige Geschäftsordnung, die auf dem Regelwerk des Deutschen Reichstages in der Fassung vom 31. Dezember 1922 basiert.

---

## SEPTEMBER

• **1990: Deutscher Bundestag und 10. Volkskammer der DDR billigen Einigungsvertrag** – Mit den erforderlichen Zweidrittel-Mehrheiten stimmen die Parlamente dem Vertragswerk zu, das die Auflösung der DDR, ihren Beitritt zur Bundesrepublik und die Herstellung der deutschen Einheit regelt.

**21** • **1972: Bundestagsabgeordnete müssen Angaben zu Nebeneinkünften machen** – Der Bundestag gibt sich erstmals Verhaltensregeln, nach denen Abgeordnete Angaben über ihre Nebeneinkünfte machen müssen. Außerdem wird die Registrierung von Verbänden und ihren Vertretern eingeführt.

• **1995: Deutscher Bundestag führt Kernzeit-Debatte ein** – An Donnerstagen einer Sitzungswoche wird eine Plenar-Kernzeit von vier bis sechs Stunden eingeführt, in denen grundlegende Themen behandelt werden können.

**22** • **1972: Deutscher Bundestag entscheidet erstmals über Vertrauensfrage** – Nachdem einige Abgeordnete die Fraktion gewechselt haben, verliert Bundeskanzler Willy Brandt die Abstimmung über die Vertrauensfrage. Bundespräsident Gustav Heinemann ordnet erstmals die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen zum 7. Deutschen Bundestag an.

• **2011: Erste Rede eines Papstes im Deutschen Bundestag** – Benedikt XVI. hält als erster Papst und Oberhaupt des Staates Vatikanstadt eine Ansprache vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

**24** • **1992: Deutscher Bundestag beschließt SED-Unrechtsbereinigungsgesetz** – Nach dem „Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz“ werden Personen, die in der DDR rechtsstaatswidrig inhaftiert wurden, künftig rehabilitiert und entschädigt.

**25** • **2001: Wladimir Putin besucht den Deutschen Bundestag** – Im Rahmen eines Staatsbesuchs hält der russische Präsident Wladimir Putin im Plenum vor den Mitgliedern des Parlaments und des Bundesrats eine Ansprache.

**26** • **1991: Deutscher Bundestag setzt Sonderausschuss „Schutz des ungeborenen Lebens“ ein** – Die Mitglieder des Sonderausschusses beraten rechtliche, ethische und soziale Fragen, die im Zusammenhang mit dem vorgeburtlichen Leben stehen. Infolge der Beratungen wird im Jahr darauf das Schwangeren- und Familienhilfegesetz verabschiedet.

**28** • **1990: 10. Volkskammer der DDR entsendet 144 Abgeordnete in den Deutschen Bundestag** – Nach längerer Debatte um die Entsendung der beiden PDS-Abgeordneten Gregor Gysi und Hans Modrow stimmt eine Mehrheit für die vorgeschlagene Liste der 144 Volkskammer-Abgeordneten, die nach der Wiedervereinigung dem 11. Deutschen Bundestag angehören sollen.

**29** • **1977: Deutscher Bundestag verabschiedet Kontaktsperregesetz** – Nach einer hitzigen Debatte beschließt der Bundestag mit großer Mehrheit das Kontaktsperregesetz. Damit



## SEPTEMBER

wird die den RAF-Häftlingen in Stammheim auferlegte absolute Kontaktsperre nachträglich auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

**30** • **1918: Kaiser Wilhelm II. verfügt Parlamentarisierung des Kaiserreichs** – Durch Erlass ordnet der deutsche Kaiser die Einführung des seit langem diskutierten und von den linken Parteien geforderten parlamentarischen Systems im Deutschen Reich an.

• **1919: Die Deutsche Nationalversammlung tagt erstmals nach ihrem Umzug aus Weimar im Reichstagsgebäude** – Nachdem die Nationalversammlung nach Berlin umgezogen war, hält sie ihre Sitzungen zunächst in der Neuen Aula der Universität (heute Alte Bibliothek) und danach im Reichstagsgebäude ab.

## OKTOBER

**1 • 1993: Deutscher Bundestag verabschiedet Entgeltfortzahlungsgesetz** – Mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP beschließt das Parlament neue gesamtdeutsche Regelungen für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

**2 • 1990: 10. Volkskammer der DDR löst sich auf** – In der letzten Sitzung der ersten frei gewählten Volkskammer legen die Vorsitzenden der Fraktionen eine Bilanz vor: In gut sechs Monaten wurden 164 Gesetze und 93 Beschlüsse beraten.

**• 1996: Ausstellung des Bundestages im Deutschen Dom in Berlin eröffnet** – Nach dreijähriger Renovierung des Gebäudes wird die historische Dauerausstellung des Bundestages „Fragen an die deutsche Geschichte“ (heute: „Wege, Irrwege, Umwege“) gezeigt, die vormals im Reichstagsgebäude zu sehen war.

**3 • 1990: Gesamtdeutscher Bundestag mit 144 Ost-Abgeordneten** – Die deutsche Einheit ist mit Beginn des Tages wiederhergestellt. Die 144 Abgeordneten, die von der 10. Volkskammer am 28. September 1990 entsendet wurden, gehören nun dem gesamtdeutschen Bundestag an.

**4 • 1990: Deutscher Bundestag tritt erstmals als gesamtdeutsches Parlament zusammen** – Im Plenum des Reichstagsgebäudes begrüßt Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth die 144 von der Volkskammer entsendeten Abgeordneten. Nach der Vereidigung von fünf zusätzlichen Bundesministern gibt Bundeskanzler Helmut Kohl eine Regierungserklärung zur Politik der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung ab.

**5 • 1990: Deutscher Bundestag ratifiziert „Zwei-plus-Vier-Vertrag“** – Der Vertrag zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und der Bundesrepublik Deutschland sowie der DDR stellt die für die staatliche Souveränität erforderliche Friedensvereinbarung dar.

**• 1990: Deutscher Bundestag verabschiedet neues Wahlgesetz** – Das Gesetz sieht unter anderem eine Änderung der Sperrklausel-Regelung vor, nach der eine Partei lediglich in einem der beiden Wahlgebiete (Bundesrepublik Deutschland oder DDR) fünf Prozent der Stimmen benötigt, um in den Bundestag einziehen zu können. Darüber hinaus werden Listenvereinigungen in den neuen Bundesländern ermöglicht.

**11 • 1956: Deutscher Bundestag führt „Verkehrssünderkartei“ ein** – Im Verkehrszentralregister, welches vom Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg geführt wird, werden zukünftig verkehrsrelevante Straftaten und Ordnungsverstöße (damals „Übertretungen“) gespeichert.

**12 • 1988: Erstmalige „Befragung der Bundesregierung“** – Nach der Kabinettsitzung befragen Abgeordnete im Plenum erstmals Vertreter der Regierung zu aktuellen Themen. Die Fragestunde dient der Information der Parlamentarier und gilt als Kontrollinstrument gegenüber der Bundesregierung.

---

## OKTOBER

**13 • 1988: Deutscher Bundestag ratifiziert Protokoll von Montreal** – Das Umweltabkommen hat den Schutz der Ozonschicht zum Ziel. Zur Umsetzung soll in der Bundesrepublik der Einsatz von ozonerstörendem Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) stark eingeschränkt werden.

**14 • 1970: Erste Rede einer Abgeordneten im Hosenanzug** – Die Abgeordnete Lenelotte von Bothmer (SPD) tritt während einer Debatte zur Bildungspolitik in einem Hosenanzug ans Rednerpult im Plenum des Bundestages. Das Protokoll vermerkt den Zwischenruf: „Die erste Hose am Pult!“

**15 • 2001: Schlüsselübergabe Paul-Löbe-Haus** – Nach vierjähriger Bauzeit wird Bundestagspräsident Wolfgang Thierse der Schlüssel des neuen Bundestagsgebäudes überreicht, das nach dem ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe (1875-1967) benannt wurde. Das für die Arbeit der Ausschüsse konzipierte Gebäude wurde vom Architekten Stephan Braunfels entworfen.

**16 • 1998: Deutscher Bundestag stimmt erstmals für Kriegseinsatz der Bundeswehr** – Der Bundestag billigt eine Beteiligung der Bundeswehr an einem möglichen Einsatz der NATO im Kosovo-Konflikt. Es ist die erste Abstimmung des Parlaments über einen Kampfeinsatz, an dem die Bundeswehr beteiligt ist.

**17 • 1911: Reichstag beschließt Beibehaltung der Fraktur in Deutschland** – Im Antiqua-Fraktur-Streit entscheidet sich der Reichstag mit drei Vierteln der Stimmen gegen die Einführung der Antiqua als Amtsschrift. Die Fraktur bleibt damit weiterhin Amtsschrift im Deutschen Reich.

**• 2008: Deutscher Bundestag beschließt Finanzmarktstabilisierungsgesetz** – In Reaktion auf die Bankenkrise verabschiedet der Bundestag das Gesetz, welches die Stabilisierung des Finanzmarktes ermöglichen soll. Ziel des Gesetzes ist es, die Zahlungsfähigkeit von in Deutschland ansässigen Kreditinstituten zu gewährleisten.

**19 • 1878: Reichstag verabschiedet „Sozialistengesetze“** – Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ stellt ein weitreichendes Instrument zur Zerschlagung der Organisations- und Kommunikationsstrukturen der sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterbewegung dar.

**• 1950: Deutscher Bundestag verabschiedet Versorgungsgesetz für Kriegsbeschädigte** – Damit werden rückwirkend zum 1. Oktober je nach Umfang der Erwerbsminderung Grundrenten zwischen 15 DM und 75 DM sowie Ausgleichsrenten zwischen 40 DM und 90 DM ausgezahlt.

## OKTOBER

• **1955: Erste Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in Berlin** – In einem Hörsaal der Technischen Universität tritt der Bundestag erstmals in Berlin zusammen – ein demonstrativer Akt, mit dem kundgetan werden soll, dass die Parlamentarier sich für das Schicksal der Stadt Berlin mitverantwortlich fühlen.

**24** • **1990: Deutscher Bundestag verabschiedet Embryonenschutzgesetz** – Das Gesetz regelt die künstliche Befruchtung und soll menschliche Embryonen vor Missbrauch schützen.

**26** • **1918: Reichstag verabschiedet „Oktoberreform“** – Durch die Verfassungsänderungen ist die Regierung nun abhängig von der Mehrheit des Reichstages und nicht mehr vom Kaiser. Damit wird im Deutschen Reich die konstitutionelle Monarchie von einem parlamentarischen System abgelöst.

• **2011: Deutscher Bundestag stimmt für „Euro-Rettungsschirm“** – Kurz vor einem EU-Krisengipfel stattet der Deutsche Bundestag Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einem fraktionsübergreifenden Verhandlungsmandat aus, indem er für die Stärkung des „Euro-Rettungsschirms“ stimmt. Die Fraktion der Linken stimmt geschlossen dagegen.

**27** • **1995: Deutscher Bundestag verkürzt Grundwehrdienst um zwei Monate** – Der Grundwehrdienst dauert nun statt zwölf lediglich zehn Monate.

• **2000: Deutscher Bundestag erweitert Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr** – Mit der Änderung des Artikels 12a GG ist Frauen nun der Dienst an der Waffe in der Bundeswehr erlaubt.

**28** • **1993: Deutscher Bundestag ändert Namensrecht** – Infolge der Neuregelung sind Eheleute nicht mehr verpflichtet, einen gemeinsamen Nachnamen zu führen.

**30** • **1972: Erstmaliger Zusammentritt des Ständigen Ausschusses** – Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland tritt der Ständige Ausschuss des Bundestages zusammen. Nach der verlorenen Vertrauensfrage des Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD) war der Bundestag am 22. September aufgelöst worden. Bis zur Konstituierung des neuen Bundestages soll der Ausschuss die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung wahren.

• **1992: Einweihung des neuen Bonner Plenarsaals** – Der Deutsche Bundestag hält seine erste Sitzung in dem von Günter Behnisch konzipierten neuen Plenarsaal am Bonner Rheinufer ab.

---

## NOVEMBER

**3 • 1949: Deutscher Bundestag bestimmt Bonn zur Hauptstadt** – Mit 200 zu 179 Stimmen entscheiden sich die Parlamentarier für einen Verbleib des Bundestages in Bonn. Zuvor hatte es Überlegungen gegeben, Parlament und Regierung nach Frankfurt am Main zu verlegen. Die Wahl Bonns soll den provisorischen Charakter der Entscheidung symbolisieren.

• **1999: Richtfest am Paul-Löbe-Haus** – Zwei Jahre nach dem symbolischen Spatenstich kann für das neue Parlamentsgebäude, in dem vorwiegend die Ausschüsse untergebracht sein sollen, das Richtfest gefeiert werden. 2001 ist es fertig für den Bezug.

**7 • 1962: Bundestagsdebatte zur „Spiegel-Affäre“** – Im Bundestag beginnt eine mehrtägige parlamentarische Auseinandersetzung zu den Durchsuchungen der Spiegel-Redaktion und der Festnahme von Redakteuren, denen Landesverrat vorgeworfen wird.

• **1991: Deutscher Bundestag ratifiziert den KSE-Vertrag** – Der „Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa“ zwischen 22 Staaten der NATO und des Warschauer Paktes begrenzt die Anzahl schwerer Waffensysteme in Europa.

**9 • 1918: Ausrufung der Republik** – Vom Reichstagsgebäude ruft der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik aus. Wenige Stunden später proklamiert der Marxist Karl Liebknecht vor dem Berliner Stadtschloss „die freie sozialistische Republik“.

• **1989: Bundestagsabgeordnete singen Nationalhymne nach Fall der Berliner Mauer** – Während einer Plenarsitzung im Bonner Wasserwerk trifft die überraschende Nachricht von der sofortigen Öffnung der DDR-Grenze ein. Nach einer Unterbrechung der Sitzung und kurzen Erklärungen erheben sich die Abgeordneten und stimmen spontan die Nationalhymne an.

• **1999: George Bush sen. und Michail Gorbatschow sprechen vor dem Deutschen Bundestag** – In der Feierstunde zum zehnten Jahrestag des Falls der Mauer sprechen neben Bundeskanzler Gerhard Schröder auch der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, George H. W. Bush, und der ehemalige Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow.

• **2007: Deutscher Bundestag beschließt erstmalig Vorratsdatenspeicherung** – Telekommunikationsunternehmen werden verpflichtet, anlassunabhängig und zeitlich begrenzt Verbindungsdaten der Kunden zu speichern, um Strafverfolgungsbehörden mit richterlicher Genehmigung den Zugriff zu ermöglichen.

• **2007: Deutscher Bundestag beschließt Einheitsdenkmal in Berlin** – Zum 18. Jahrestag des Mauerfalls beschließt der Bundestag die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin. Als Standort ist der Schloßplatz auf der Spreeinsel in Berlin-Mitte vorgesehen.

## NOVEMBER

**10 • 1988: Jenninger-Rede vor dem Deutschen Bundestag** – Bundestagspräsident Philipp Jenninger hält zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 vor dem Bundestag eine Rede, die von Teilen der Öffentlichkeit aufgrund missverständlich vorgetragener Formulierungen als skandalös bewertet wird. Die Reaktionen führen am darauffolgenden Tag zu Jenningers Rücktritt vom Amt.

• **2000: Deutscher Bundestag beschließt Lebenspartnerschaftsgesetz** – Das Gesetz bildet die Grundlage für das Rechtsinstitut der Lebenspartnerschaft. Damit wird Menschen gleichen Geschlechts die Möglichkeit eingeräumt, ihrer Partnerschaft einen rechtlichen Rahmen zu geben, welcher in seinen Rechtsfolgen in weiten Teilen der Ehe gleicht.

**12 • 1993: Deutscher Bundestag stellt Abgeordnetenbestechung unter Strafe** – Der Bundestag verabschiedet einen neuen Strafgesetz-Tatbestand, wonach sowohl die aktive als auch die passive Bestechung von Abgeordneten künftig strafbar ist.

**14 • 1961: Erste Ministerin im Bundestag vereidigt** – Die Juristin Elisabeth Schwarzhaupt wird als erste Frau Bundesministerin. Als einzige Frau im Kabinett leitet sie bis 1965 das Ministerium für Gesundheitswesen.

• **1991: Deutscher Bundestag verabschiedet Stasi-Unterlagengesetz** – Damit erhält jeder Bürger das Recht, ab dem 1. Januar 1992 Einsicht in die von der DDR-Staatssicherheit über sie geführten Akten zu nehmen. Darüber hinaus enthält das Gesetz die Bedingungen für eine weitergehende Verwendung der Unterlagen.

**18 • 1919: Hindenburg spricht im Reichstag von „Dolchstoß“** – Der ehemalige Chef der obersten Heeresleitung Paul von Hindenburg beruft sich dabei vor einem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung zum Ersten Weltkrieg auf die Aussage eines britischen Offiziers. Demnach sei die deutsche Armee nicht besiegt, sondern „von hinten erdolcht“ worden.

**22 • 1954: Die alte Kuppel des Reichstagsgebäudes wird gesprengt** – Die nach Kriegsschäden stark einsturzgefährdete Konstruktion wird „aus statischen Gründen“ abgerissen.

• **1983: Deutscher Bundestag hält am NATO-Doppelbeschluss fest** – Mit den Stimmen der Regierungskoalition spricht sich der Bundestag für den Nato-Doppelbeschluss von 1979 aus. Dieser sieht unter anderem die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa vor.

**23 • 1999: Richtfest am Jakob-Kaiser-Haus** – Das acht Gebäude umfassende Ensemble enthält Büros für Abgeordnete und ihre Mitarbeiter, Fraktionen und Verwaltung, Sitzungsräume, Gastronomie sowie das Pressezentrum. Es wird Ende 2001 fertiggestellt.

**24 • 1871: Reichstag beschließt erstes Reichsmünzgesetz** – Mit dem Gesetz wird die Mark als Zahlungsmittel eingeführt.

---

## NOVEMBER

• **2004: Deutscher Bundestag beschließt Frauenquorum für die Bundeswehr** – Der Bundestag beschließt ein Gleichstellungsgesetz, mit dem der Anteil der Soldatinnen auf 15 Prozent verdreifacht werden soll.

**27** • **1925: Reichstag ratifiziert Verträge von Locarno** – Darin bestätigt Deutschland unter anderem seine im Friedensvertrag von Versailles festgelegte Westgrenze.

**28** • **1991: Deutscher Bundestag und Bundesrat setzen gemeinsame Verfassungskommission ein** – Die gemeinsame Kommission von Bundestag und Bundesrat soll nach der Wiedervereinigung mögliche Grundgesetzänderungen ausloten.

• **2013: Deutscher Bundestag setzt erstmals Hauptausschuss ein** – Der Bundestag setzt wegen der langwierigen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik einen Hauptausschuss ein, der bis zur Bildung regulärer Ausschüsse Gesetzentwürfe und Anträge berät.

**29** • **1985: Delegation des Deutschen Bundestages besucht Sowjetunion** – Unter der Leitung von Bundestagspräsident Philipp Jenninger bereist erstmals nach zwölf Jahren wieder eine Delegation des Deutschen Bundestages die UdSSR.

**30** • **1918: Neues Wahlgesetz führt Frauenwahlrecht ein** – Das Reichswahlgesetz tritt in ganz Deutschland in Kraft. Es führt unter anderem das allgemeine aktive und passive Wahlrecht für Frauen ein. In Deutschland können Frauen daraufhin am 19. Januar 1919 erstmals wählen und gewählt werden.

• **1929: Reichstag lehnt Gesetz gegen Young-Plan ab** – Der Reichstag lehnt mit großer Mehrheit den von nationalistischen Parteien eingebrachten Entwurf des „Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ ab. Daraufhin kommt es zum Volksentscheid gegen den Young-Plan, der das nötige Quorum nicht erreicht.

## DEZEMBER

- 1** • **1989: 9. Volkskammer der DDR streicht Führungsanspruch der SED** – Der Alleinführungsanspruch der SED war ein zentraler Baustein des politischen Systems der DDR und wird auf Antrag aller zehn Volkskammerfraktionen gestrichen.
- 2** • **1914: Reichstag stimmt erneut Kriegskrediten zu** – In der zweiten Abstimmung über die Gewährung von Kriegskrediten votieren alle Fraktionen des Reichstages für die Kredite. Karl Liebknecht (SPD) lehnt als einziger Abgeordneter die Gewährung ab, woraufhin sein Parteivorstand ihm eine offizielle Rüge erteilt.
- **1989: 09. Volkskammer der DDR legt SED-Korruption offen** – In einem Bericht macht der Untersuchungsausschuss der Volkskammer Korruption in der SED-Spitze bekannt.
  - **1990: Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen** – Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung wählen die Deutschen ein gesamtdeutsches Parlament.
  - **1992: Deutscher Bundestag ratifiziert Maastrichter Vertrag** – Mit großer Mehrheit (543 gegen 17 Stimmen) stimmen die Abgeordneten dem Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Gründung der Europäischen Union zu.
  - **1993: Deutscher Bundestag beschließt Gründung der Deutschen Bahn AG** – Der Bundestag billigt die Zusammenlegung der westdeutschen Bundesbahn und der ostdeutschen Reichsbahn sowie deren privatwirtschaftliche Neuorganisation als Deutsche Bahn AG.
  - **1999: Deutscher Bundestag setzt Parteispenden-Untersuchungsausschuss ein** – Der Bundestag setzt einen Untersuchungsausschuss ein, um Vorwürfe gegen die CDU wegen der Annahme illegaler Spenden aufzuklären.
- 3** • **1926: Reichstag verbietet Abgabe von Pornografie an Jugendliche** – Mit 248 gegen 158 Stimmen nimmt der Reichstag das „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“ an. Die Gegner des Gesetzes missbilligen es als unverhältnismäßigen Eingriff in die Freiheit der Kunst.
- **1957: Deutscher Bundestag beschließt Atomgesetz** – Das Gesetz regelt die friedliche Nutzung von Kernenergie und ionisierenden Strahlen in Deutschland.
  - **1987: Deutscher Bundestag verbietet Bleibenzin** – Der Bundestag beschließt, dass ab dem 1. Februar 1988 an Tankstellen kein verbleites Normalbenzin mehr angeboten werden darf.
- 5** • **1894: Wilhelm II. weiht Reichstagsgebäude ein** – Zehn Jahre nach der Grundsteinlegung durch Kaiser Wilhelm I. legt sein Enkel den Schlussstein und weiht das Gebäude ein.



## DEZEMBER

**6 • 1894: Erste Sitzung im Reichstagsgebäude** – Der Reichstag tritt zu seiner ersten Sitzung im Reichstagsgebäude zusammen.

• **1951: Deutscher Bundestag gibt sich eine neue Geschäftsordnung** – Die neue „Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags“, die am 1. Januar 1952 in Kraft treten soll, löst die „Geschäftsordnung für den Bundestag“ ab, welche eine abgeänderte Fassung der Geschäftsordnung des früheren Reichstags war.

**7 • 1932: Schlägerei im Reichstag** – In der Wandelhalle des Deutschen Reichstags in Berlin kommt es zwischen Abgeordneten der NSDAP, der KPD und der SPD zu einer Schlägerei, bei der mehrere Personen schwer verletzt werden.

**9 • 1870: Norddeutscher Reichstag ratifiziert „Novemberverträge“** – Mit diesen Verträgen treten die Königreiche Bayern und Württemberg und die Großherzogtümer Baden und Hessen dem Norddeutschen Bund bei. Darüber hinaus beschließt der Reichstag die Einführung der Bezeichnungen „Deutsches Reich“ und „Deutscher Kaiser“.

**10 • 1953: Deutscher Bundestag führt „Zwischenfrage“ ein** – Damit wird den Parlamentariern die Möglichkeit eingeräumt, nach Zustimmung des Redners eine kurze Sachfrage an diesen zu richten. Ziel der Einführung ist es, die Plenardebatten lebhafter zu gestalten.

• **2003: Eröffnung des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses** – Nach fünfjähriger Bauzeit findet die Schlüsselübergabe für das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus statt. Es beherbergt die Wissenschaftlichen Dienste sowie die Bibliothek.

**11 • 1997: Deutscher Bundestag benennt seine Häuser nach Abgeordneten** – Der Ältestenrat des Bundestages beschließt für die im Bau befindlichen Bürokomplexe im Berliner Parlamentsviertel neue Bezeichnungen: für die Dorotheenblöcke „Jakob-Kaiser-Haus“, für den Alsenblock „Paul-Löbe-Haus“ und für den Luisenblock „Marie-Elisabeth-Lüders-Haus“.

**12 • 1974: Deutscher Bundestag verabschiedet Hochschulrahmengesetz** – Das neue Gesetz soll einheitliche Strukturen für die Hochschulen in den verschiedenen Bundesländern schaffen. Unter anderem enthält es Regelstudienzeiten und eine Neuordnung des Hochschulzuges.

**13 • 1954: Deutscher Bundestag lehnt Behörden-Anrede „Frau“ statt „Fräulein“ ab** – Der Rechtsausschuss des Bundestages spricht sich dagegen aus, auch für unverheiratete Frauen die Anrede „Frau“ im amtlichen Sprachgebrauch zuzulassen. Damit bleibt es vorerst – bis Januar 1972 – bei der Bezeichnung „Fräulein“ in der behördlichen Terminologie.

## DEZEMBER

• **1972: Erstmals wird eine Frau Bundestagspräsidentin** – Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages wird mit Annemarie Renger erstmals eine Frau zur Bundestagspräsidentin gewählt.

**14** • **1956: Deutscher Bundestag verabschiedet Gesetz über Beitritt des Saarlandes** – Nachdem der Landtag des Saarlandes dessen Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes erklärt hatte, erlässt der Bundestag nun ein Gesetz zur Aufnahme des Saarlandes als zehntes Bundesland. Anfang 1957 ziehen zehn saarländische Abgeordnete in den Bundestag ein.

• **2001: Deutscher Bundestag verabschiedet Terrorismusbekämpfungsgesetz** – Als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September wird das Terrorismusbekämpfungsgesetz als Teil eines umfangreichen Anti-Terror-Pakets erlassen.

**15** • **1980: Urteil des Reichstagsbrandprozesses wird aufgehoben** – Nach einem Wiederaufnahmeantrag hebt das West-Berliner Landgericht den Schuldspruch gegen Marinus van der Lubbe auf, der 1933 als Urheber des Reichstagsbrandes zum Tode verurteilt und 1934 hingerichtet worden war. Dieser Beschluss wird vom Kammergericht kurz darauf wieder negiert. Zur endgültigen Annullierung des Schuldspruchs kommt es erst 1998 durch das NS-Unrechtsurteil-aufhebungsgesetz. Die Frage, wer im Reichstagsgebäude 1933 Feuer gelegt hat, bleibt weiterhin ungeklärt.

• **1999: Deutscher Bundestag beschließt Gesetz zur „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“** – Zweck der Stiftung ist die Erinnerung an den nationalsozialistischen Völkermord an den Juden Europas. Zudem soll die Stiftung dazu beitragen, die Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus und ihre Würdigung sicherzustellen. Im Zentrum stehen Unterhalt und Betrieb des Denkmals in Berlin.

**17** • **1919: Deutsche Nationalversammlung in Berlin verabschiedet Reichsnotopfergesetz** – Das Gesetz regelt eine einmalige, außerordentliche Abgabe auf Vermögen zur Begleichung von Reichsschulden, die infolge des Ersten Weltkrieges entstanden sind.

• **1998: Neuer Bundesadler im Plenarsaal enthüllt** – Bundestagspräsident Wolfgang Thierse enthüllt im Reichstagsgebäude einen beidseitig neu gestalteten Adler. Die Vorderseite stellt eine vergrößerte Kopie des von Ludwig Gies entworfenen Adlers aus dem Plenarsaal in Bonn dar. Die Rückseite ist eine Neugestaltung des Reichstagsarchitekten Sir Norman Foster.

**20** • **1916: Beginn der Anbringung der Inschrift „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ an der Front des Reichstagsgebäudes** – Mehr als 20 Jahre nach der Fertigstellung des Reichstagsgebäudes erhält der Architrav die vom Architekten Paul Wallot vorgesehene Widmung. Zur Herstellung der Lettern wurde die Bronze von zwei in den Befreiungskriegen gegen Frankreich erbeuteten Kanonen in die Form der von Peter Behrens und Anna Simons eigens entworfenen Typografie gegossen.

• **1990: Erster gesamtdeutscher Bundestag tritt zusammen** – Im Reichstagsgebäude konstituiert sich der erste gesamtdeutsch gewählte Bundestag.

## DEZEMBER

**21 • 1848: Nationalversammlung beschließt „Grundrechte des Deutschen Volkes“** – Die Grundrechte werden zunächst als einfaches Reichsgesetz verabschiedet und später in der Frankfurter Reichsverfassung von 1849 fast wortgleich übernommen. Sie beeinflussen die späteren deutschen Verfassungen maßgeblich.

**22 • 1993: Bundestagsgebäude in Bonn überflutet** – Das Hochwasser des Rheins erreicht auch die Tiefgarage des Bundestages. Der als Abgeordnetenbürohaus geplante und im Bau befindliche „Schürmann-Bau“ wird geflutet, was schwere Beschädigungen der Bausubstanz nach sich zieht. Das Gebäude kann erst im Juni 2000 fertiggestellt werden.

**• 2001: Deutscher Bundestag beschließt ISAF-Mission der Bundeswehr** – Der Bundestag billigt den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe (ISAF). Ein entsprechendes Mandat hat der UN-Sicherheitsrat am 20. Dezember erteilt.

**23 • 1933: Marinus van der Lubbe als Reichstagsbrandstifter verurteilt** – Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig verurteilt den Niederländer Marinus van der Lubbe wegen der Brandstiftung im Reichstagsgebäude vom Februar 1933 zum Tode. Die übrigen vier Angeklagten werden freigesprochen.

---

## Quellen und Literatur (Auswahl)

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. Erhältlich für die 1. bis 18. Wahlperiode. Letzte Ausgabe für die 18. Wahlperiode: Rheinbreitbach, Februar 2017  
<http://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/sachgeb/amtlhdb/244916>

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages ab 1949  
<http://pdok.bundestag.de/>

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages. Veröffentlichung des Archivs des Deutschen Bundestages / Michael F. Feldkamp  
<http://www.bundestag.de/datenhandbuch>

Deutscher Bundestag / Bundesarchiv (Hrsg.): Der Parlamentarische Rat: 1948 - 1949 ; Akten und Protokolle. Erschienen: 1 (1975) - 14 (2009)

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Chronik. Gesetze, Statistik, Dokumentation. 1. bis 13. Wahlperiode

Deutscher Bundestag (Hrsg.): 30 Jahre Deutscher Bundestag. Dokumentation. Statistik. Daten. Bonn, 1979

Verhandlungen des Deutschen Reichstags und seiner Vorläufer 1867 – 1942. Bayerische Staatsbibliothek, München  
<http://www.reichstagsprotokolle.de/index.html>

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude, Berlin, 2015

Michael S. Cullen: Der Reichstag: Parlament – Denkmal - Symbol. Berlin, 1995

Wolfgang Ismayer: Der Deutsche Bundestag, Wiesbaden, 2012

Susanne Linn / Frank Sobolewski / Norbert Lammert: So arbeitet der Deutsche Bundestag: Organisation und Arbeitsweise. Die Gesetzgebung des Bundes. Rheinbreitbach, 2016/17

Jürgen Schmädke: Der Deutsche Reichstag: Geschichte und Gegenwart eines Bauwerks. München, 1994

Hans-Peter Schneider / Wolfgang Zeh (Hrsg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, 1989

Publikationen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien unter:  
<http://www.kgparl.de/publi-handbuch.html#Parteien>